Monatsspiegel

Dezember 2012
Januar 2013

SPD Erlangen

Adressaufkleber

Aufstehen und Mitkämpfen: Für neue Mehrheiten und eine bessere Politik!

Von Dieter Rosner
Kreisvorsitzender

Liebe Genossinnen und Genossen,
wichtige Entscheidungen stehen in den nächsten 15 Monaten auf der Tagesordnung. Der politische Fahrplan ist geprägt von den Vorbereitungen zur Landtags- und Bundestagswahl im September 2013 und zur Kommunalwahl im März 2014. Wir stehen vor der Herausforderung, inhaltlich, organisatorisch und personell die Weichen so zu stellen, dass wir erfolgreich Verantwortung übernehmen können.

Unser Ziel ist dabei klar: Wir wollen dazu beitragen, mit einem rot-grünen Bündnis im Bund wieder die bestimmende politische Kraft zu werden. Wir wollen mit Christian Ude als Ministerpräsident in Bayern zusammen mit den Grünen und den Freien Wählern den schon lange notwendigen Macht- und Politikwechsel durchsetzen. Und wir wollen hier in Erlangen wieder Kommunalpolitik verantwortlich gestalten. Es geht um die Menschen, für die und mit denen wir politisch für bessere Lebensverhältnisse kämpfen. Dazu bedarf es einer engagierten und solidarischen Anstrengung.

Um die Menschen – auch über die Wahltermine hinaus – für uns zu gewinnen geht es zugleich inhaltlich darum, sozialdemokratisches Profil weiter zu schärfen.

Gute Arbeit stärken
Die SPD steht in der Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik vor zwei zentralen Herausforderungen: Sie muss erstens eine politische Antwort auf zunehmend ungleicher verteilten Einkommen und Vermögen und die fehlende Absicherung der Arbeitnehmer und Rentner geben und zweitens die Vorherrschaft der Finanzmärkte brechen. Die zentrale Ursache für die steigende Ungleichheit und Unsicherheit ist die Schieflage auf dem Arbeitsmarkt. Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer können auf einem Arbeitsmarkt, wo sie viele Rechte eingebüßt haben, nicht mehr auf Augenhöhe verhandeln. Die hohe Massenarbeitslosigkeit tut ein Übriges. Deswegen muss die SPD für Vollbeschäftigung und eine neue Ordnung auf dem Arbeitsmarkt sorgen. Dazu gehören vor allem: Eine aktive Beschäftigungspolitik, die Einführung eines allgemeinen, gesetzlichen Mindestlohns von 8,50 Euro, besser 10 Euro, gleiche Bezahlung in der Leiharbeit ab dem ersten Tag, Lohngleichheit zwischen Mann und Frau und die Abschaffung der verschärften Zumutbarkeit für Langzeitarbeitslose.

Neue Regeln für die Finanzmärkte
Die Politik muss den außer Kontrolle geratenen Casino-Kapitalismus durch verbindliche Regeln wirksam bändigen, die europaweite Bankenkrise nachhaltig lösen und den Finanzsektor endlich an den Kosten der Krisenbewältigung beteiligen.

Bis heute sind keine zentralen Lehren aus der Finanzmarktkrise gezogen worden. Die Ursachen der großen Kri-

Fortsetzung auf Seite 3

05.12.	19:00	Satirische Lesung mit Christian Ude	Uttenreuth, Schwarzer Adler	S. 28
11.12.	19:00	Distrikt Frauenaurach: Weihnachtsfeier	TSV Frauenaurach	S. 23
11.12.	20:00	Distrikt Innenstadt: Weihnachtssitzung	Moravia	S. 23
11.12.	20:00	Distrikt Tennenlohe: Distriktsversammlung	Schlossgaststätte	S. 25
11.12.	20:00	Jusos: Sitzung	August-Bebel-Haus	S. 26
12.12.	15:00	60plus: Mitgliederversammlung	August-Bebel-Haus	S. 26
12.12.	19:00	Distrikt Ost: Jahresausklang	Waldschänke	S. 24
12.12.	19:00	Distrikt West: Jahresschlussessen	Güthlein	S. 26
12.12.	20:00	Wirtschaftspolitischer Arbeitskreis	August-Bebel-Haus	S. 4
13.12.	20:00	Kreismitgliederversammlung	Turnerbund	S. 3
18.12.	19:00	Distrikt Anger-Bruck: Weihnachtsessen	Angerwirt	S. 23
18.12.	19:00	Distrikt Eltersdorf	Schützenhaus	S. 23
19.12.	19:00	Distrikt Süd: Distriktssitzung	Röthelheim-Biergarten	S. 24
19.12.	20:00	Arbeitskreis Frieden und Internationalismus	August-Bebel-Haus	S. 4
08.01.	20:00	Jusos: Sitzung	August-Bebel-Haus	S. 26
09.01.	20:00	Distrikt West: Distriktsversammlung	Güthlein	S. 26
10.01.	18:00	Verleihung des Peter-Zink-Preises	Saal der IG Metall	S. 7
11.01.	17:00	Projektgruppe Integration und Bildung	August-Bebel-Haus	S. 5
15.01.	19:00	Distrikt Eltersdorf	Schützenhaus	S. 23
15.01.	20:00	Distrikt Frauenaurach: Distriktsversammlung	TSV Frauenaurach	S. 23
15.01.	20:00	Distrikt Innenstadt: Distriktsversammlung	Kulisse	S. 23
16.01.	19:00	Distrikt Süd: Distriktssitzung	Röthelheim-Biergarten	S. 24
16.01.	20:00	Arbeitskreis Frieden und Internationalismus	August-Bebel-Haus	S. 4
22.01.	19:00	Distrikt Ost: Distriktsversammlung	Waldschänke	S. 24
30.01.	20:00	Wirtschaftspolitischer Arbeitskreis	August-Bebel-Haus	S. 4

Impressum

Herausgeber
SPD-Kreisverband Erlangen
Friedrich-List-Straße 5, 91054 Erlangen

Presserechtliche Verantwortung und Leitung
Philipp Dees
Lichtenfelser Weg 6
91056 Erlangen

Telefon: 09131-483791
monatsspiegel@spd-erlangen.de

Mitarbeit: Lars Thomsen

Druck: Gutenberg Druck und Medien, Uttenreuth

Auflage: 700 Stück

se sind weiterhin vorhanden. Finanzinstitute sind noch immer „zu groß zum Sterben“: Wenn sie durch hochriskante Spekulationen an den Rand der Pleite geraten, müssen sie mit Steuermitteln gerettet werden. Niemand prüft Finanzprodukte auf ihren volkswirtschaftlichen Nutzen. Das Schattenbankensystem treibt weiter sein Unwesen. Die Staaten, die vor allem aufgrund der Bankenkrise neue Schulden finanzieren müssen, befinden sich in Geiselhaft der Finanzmärkte. Damit muss Schluss sein. Die SPD muss mit der Macht der Banken brechen. Hierfür sind folgende Regulierungsschritte erforderlich:

- Banken, die „zu groß zum Sterben“ sind, müssen gesundgeschrumpft werden.
- Wir brauchen einen TÜV für Finanzprodukte.
- Schattenbanken und Steueroasen müssen trockengelegt werden.
- Die Staatsfinanzierung muss von den Kapitalmärkten entkoppelt werden
- eine Finanztransaktionssteuer muss eingeführt werden.

Soziale Leistungen sichern

Die sozialen Sicherungssysteme müssen wieder armutsfest werden und den Lebensstandard sichern. Dies gilt insbesondere für die gesetzliche Rentenversicherung. Die so genannten Rentenreformen haben das Leistungsniveau drastisch gesenkt und gefährden dadurch die gesellschaftliche Unterstützung der gesetzlichen Rentenversicherung. Deswegen brauchen wir einen Kurswechsel in der Rentenpolitik: Das Leistungsziel muss wieder ins Zentrum der Rentenpolitik rücken, die Risiken geringfügiger, ungesicherter, unterbrochener und schlecht bezahlter Erwerbstätigkeit müssen abgesichert werden. Die Abschläge bei den Erwerbsminderungsrenten müssen wieder abgeschafft werden. Bei der gesetzlichen Rente muss ein Mindestsicherungsziel festgelegt werden. Mittelfristig muss die gesetzliche Rentenversicherung zu einer Erwerbstätigenversicherung für Alle umgebaut werden.

Leistungsgerecht besteuern

Wirtschaftlicher Erfolg und individuelle Leistung fallen zunehmend auseinander. Die ungerechte Verteilung der Einkommen durch den Markt muss wieder stärker korrigiert werden. Dafür brauchen wir eine gerechte Steuerpolitik, die höhere Einkommensgruppen stärker belastet, die Vermögen und Erbschaften zukünftig stärker besteuert und insgesamt mehr Steuereinnahmen generiert. Nur so kann die chronische Unterfinanzierung der öffentlichen Hand beseitigt werden. Erst dann kann die öffentliche Verschuldung zurückgefahren werden, ohne das öffentliche Leben zu gefährden. Es geht also um die Wiedereinführung der Vermögenssteuer, eine einmalige Vermögensabgabe, die höhere Besteuerung von Erbschaften und einen höheren Spitzensteuersatz.

Nachhaltig wirtschaften

Wir brauchen eine nachhaltige Entwicklung, die ökonomische, ökologische und soziale Ziele vereint. Wachstum um jeden Preis ist kein sozialdemokratisches Projekt. Wir sollten danach streben, den heute lebenden Menschen und den künftigen Generationen ausreichend hohe ökonomische, ökologische und soziale Standards in den Grenzen der natürlichen Tragfähigkeit der Erde zu ermöglichen. Deswegen setzen wir uns konsequent für die Energiewende ein, d.h. u.a. für die Ablösung von fossilen Energieträgern durch erneuerbare Quellen und eine Energieversorgung, die sauber, für jeden erreichbar und bezahlbar ist. Wir stehen für den Klimaschutz: Die Freisetzung von CO_2 darf nicht die Aufnahmefähigkeit der Umwelt überschreiten. Wir wollen eine nachhaltige und effiziente Nutzung erneuerbarer und nicht-erneuerbarer Ressourcen.

Wir brauchen engagierte Mitstreiter_innen

Zur Umsetzung unserer poltischen Alternativen zu dem derzeitigen schwarz-gelben Chaos auf allen Ebenen brauchen wir engagierte Mitstreiterinnen und Mitstreiter, die Gesicht zeigen und mit anpacken. Organisatorische Defizite der Erlanger SPD und eine leider relativ dünne Finanzdecke erschweren es, organisatorisch die Weichen auf Erfolg zu stellen.

Doch das ändert nichts daran: Wir wollen wieder stärkste politische Kraft in Erlangen werden. Dazu bedarf es einer engagierten und solidarischen Gemeinschaftsleistung, in der wir auch unsere organisatorische Kraft erneuern und bündeln müssen.

Wir brauchen engagierte Mitglieder, die durch ihre Arbeit in den Distrikten, in den Arbeitsgemeinschaften oder in den Vorständen die Erlanger SPD glaubwürdig vertreten, die mit den Menschen reden und die damit auch die Inhalte verkörpern, für die die SPD steht.

Zeigen wir gemeinsam, dass es Spaß macht, mit unserer Partei für die Bürgerinnen und Bürger dieser Stadt Politik zu gestalten.

Wir brauchen für die bevorstehenden personellen Entscheidungen ein engagiertes Team von motivierten Ge-

Kreismitgliederversammlung

Liebe Genossinnen und Genossen,
wir laden Euch herzlich ein zur

Kreismitgliederversammlung

am Donnerstag, den 13. Dezember 2012, 20.00 Uhr
Turnerbund, Spardorfer Straße 79

Als Tagesordnung schlagen wir Euch vor:

1. Aktuelles und Begrüßung der Neumitglieder
2. Toleranz fördern – Diskriminierung abbauen: Gleiche Rechte für homosexuelle, transsexuelle und intersexuelle Menschen
3. Anträge (siehe Seite 10)
4. Berichte aus den Distrikten und Arbeitsgemeinschaften
5. Verschiedenes

Dieter Rosner Dirk Goldenstein Sandra Radue

nossinnen und Genossen im Vorstand, die daran mitarbeiten, dass die SPD eine schlagkräftige und organisatorisch geschlossene Gemeinschaft wird.

Wir brauchen engagierte Mitglieder für die Stadtratsliste, die daran mitarbeiten, dass die SPD wieder stärkste Kraft wird, um ihre besseren politischen Konzepte in die Tat umsetzen zu können.

Wir haben die richtigen Kandidatinnen und Kandidaten für die Spitzenämter der Partei bei den Wahlen zum Deutschen Bundestag und zum Land- und Bezirkstag und bei den bevorstehenden Wahlen zum Oberbürgermeister der Stadt Erlangen.

Packt mit an, damit unsere Ziele für die nächsten eineinviertel Jahre von Erfolg gekrönt werden.

Arbeitskreis „Frieden und Internationalismus“

Wir treffen uns wieder am

Mittwoch, 19. Dezember

und am

Mittwoch, 16. Januar jeweils 20 Uhr im August-Bebel-Haus

Themen:
- Aktuelles
- Kommunalpolitisches Programm 2014: Fortschreibung des Abschnitts „Kommunale Friedensarbeit und kommunale Entwicklungszusammenarbeit“ des gültigen Programms von 2008.
- Fortsetzung unserer Arbeit entlang einer strukturierten Stoff- und Fragensammlung (s. www.fen-net.de/dr.helmut.pfister unter „Internationalismus reloaded“): Ergebnis-Thesen zu Abschnitt 1: Fakten und Prozesse, „Geschichtliche Hintergründe“ und „Militarisierung der Außen- und Entwicklungspolitik“; Diskussion zu Abschnitt 1, Teil „Innere Militarisierung“ (Rosi Pfister)

Wir laden alle Interessierten, ob SPD-Mitglieder oder nicht, herzlich ein, mitzuarbeiten, mitzudiskutieren oder auch nur erstmal zuzuhören, je nach Gusto.

Helmut Pfister

Wir gratulieren zum Geburtstag

Wir gratulieren allen Genossinnen und Genossen, die im Dezember und im Januar Geburtstag feiern. Wir wünschen euch für euer nächstes Lebensjahr alles Gute!

02.12. Helmut Straub
81 Jahre

06.12. Peter Wissmann
76 Jahre

09.12. Maria Schmeets
86 Jahre

11.12. Dietmar Habermeier
75 Jahre

14.12. Werner Karr
75 Jahre

20.12. Werner Funk
84 Jahre

23.12. Ludwig Mühlbauer
72 Jahre

24.12. Gerlinde Feulner
65 Jahre

25.12. Alida Meyer
101 Jahre

26.12. Horst Frank
65 Jahre

30.12. Erich Opel
76 Jahre

31.12. Dietmar Hahlweg
78 Jahre

31.12. Klaus Mattischeck
73 Jahre

31.12. Detlef Sondermayer
71 Jahre

31.12. Brigitte Rohr
60 Jahre

01.01. Narendra Dev Paliwal
74 Jahre

04.01. Ehrhard Peiberg
71 Jahre

05.01. Werner Fischer
82 Jahre

12.01. Joachim Wolter
72 Jahre

29.01. Manfred Wolter
70 Jahre

31.01. Adolf Steinmüller
95 Jahre

Wirtschaftspolitischer Arbeitskreis

Wir treffen uns wieder am

Mittwoch, 12. Dezember

und am

Mittwoch, 30. Januar jeweils um 20 Uhr im August-Bebel-Haus

Themen:
- Aktuelles
- Kommunalpolitisches Programm 2014: Fortschreibung des Abschnitts „Arbeit und Wirtschaft“ des gültigen Programms von 2008. Nachdem wir die Abschnitte „Ziele“ und „Rahmenbedingungen“ schon weitgehend überarbeitet haben, geht es jetzt vorwiegend um den Abschnitt „Forderungen und Perspektiven“, wozu wir den zuständigen Sprecher der Stadtratsfraktion, Wolfgang Vogel, eingeladen haben.

Wie jeder Arbeitskreis des Kreisverbands ist auch der WiPo-AK natürlich offen für alle Interessierten, ob SPD-Mitglieder oder nicht. Wir freuen uns über jede/n, die/der mitarbeiten, mitdiskutieren oder auch nur erstmal zuhören will.

Helmut Pfister

Erlanger SPD auf der Zweiten sozialen Protestmeile

Auch die Erlanger SPD war Anfang November bei der zweiten sozialen Protestmeile in Erlangen vertreten. Mit dieser Veranstaltung wollte der Erlanger Ratschlag gegen Sozialabbau auf die zunehmende soziale Spaltung in der Gesellschaft aufmerksam machen und aktives politisches Handeln einfordern: Während die Reichen in Deutschland immer reicher werden, wächst auch die Armut an. Fast 20 Prozent der Menschen sind in Deutschland inzwischen

Bezirksrätin Gisela Niclas und Landtagskandidat Philipp Dees auf der sozialen Protestmeile

von Armut und sozialer Ausgrenzung bedroht. Und auch in der reichen Stadt Erlangen gibt es Armut.

Konkrete politische Maßnahmen, die auf der Sozialmeile eingefordert wurden, sind die Wiedererhebung der Vermögenssteuer, ein höherer Spitzensteuersatz und eine strikte Regulierung des Arbeitsmarktes mit Blick auf Niedriglöhne, Leiharbeit, Befristungen und anderes. Und auch konkret in Erlangen könnte und müsste gehandelt werden, zum Beispiel durch einen „Erlangen-Pass“, der sozial schwächeren Vergünstigungen gewährt und den Ankauf der GBW-Wohnungen, um bezahlbare Wohnungen zu erhalten.

Projektgruppe „Integration und Bildung“

Die Projektgruppe Integration und Bildung zur Vorbereitung des kommunalpolitischen Programms trifft sich am

11. Januar, 17 bis 19 Uhr, Sitzungszimmer des August-Bebel-Hauses

Ansprechpartnerin: Sandra Radue

Bürgerdialog im Stadtosten

Was muss in Deutschland besser werden? Mit dieser Frage geht die SPD derzeit im Rahmen des „Bürgerdialogs“ in ganz Deutschland auf Menschen zu, um Bürger-Ideen für das Regierungsprogramm einzusammeln.

Dr. Florian Janik bei den Hausbesuchen in der Richterstraße

Im Rahmen des Dialogs wurden im Erlanger Stadtosten Hausbesuche durchgeführt, bei denen die AnwohnerInnen nach ihren Vorschlägen für sozialdemokratische Politik gefragt wurden. Gemeinsam mit dem Erlanger SPD-Landtagskandidaten Philipp Dees und SPD-Fraktionschef Dr. Florian Janik besuchte der Vorsitzende des SPD-Distrikts Ost, Christofer Zwanzig, Menschen in der Drausnick- und der Richterstraße. Bundestagskandidatin Martina Stamm-Fibich und Stadträtin Birgit Hartwig besuchten BürgerInnen in der Anderlohrstraße.

Falls andere Distrikte Interesse haben, in der Ersten Phase des Dialogs (bis Ende Dezember) noch ähnliche Aktionen durchzuführen: Der Distrikt Ost hat noch Dialogkarten übrig, die er gerne zur Verfügung stellt.

Aufruf zur Bewerbung als Kandidatin/ Kandidat für die Stadtratswahl 2014

Liebe Genossinnen und Genossen,
bei den Kommunalwahlen im März 2014 wollen wir wieder zur bestimmenden Kraft in Erlangen werden. Damit dies gelingt, brauchen wir viele engagierte Mitstreiterinnen und Mitstreiter, die sich aktiv in die kommunalpolitischen Debatten und Entscheidungen einmischen wollen, die bereit sind, sich engagiert in den Wahlkampf einzubringen und die bereit sind, im wahrsten Sinne „Gesicht zu zeigen“ für die politischen Ziele der Erlanger SPD.

Wir möchten, dass auf der Liste für die Wahl zum Stadtrat 2014 die Vielseitigkeit der Erlanger Bürgerschaft und die Vielseitigkeit der Mitglieder der Erlanger SPD zum Ausdruck kommt.

Wir bitten interessierte Genossinnen und Genossen sich als Kandidat/ Kandidatin zur Verfügung zu stellen und dies mit dem im Monatsspiegel abgedruckten Bewerbungsbogen auch formal mitzuteilen (siehe vorletzte Seite).

Den Bewerbungsbogen bitte bis spätesten 15. Januar 2013 an das Parteibüro (August-Bebel-Haus, Friedrich-List-Straße 5, buero@spd-erlangen.de) oder an Dieter Rosner (Bismarckstraße 17, dieter.rosner@fen-net.de) schicken

So geht es dann weiter mit dem Bewerbungs- und Auswahlverfahren:

- Februar 2013: Die Mitglieder werden im Monatsspiegel über die Bewerberinnen und Bewerber informiert.
- Februar/März 2013 (teilweise auch schon vorher): Alle Kandidatinnen und Kandidaten haben die Möglichkeit, sich in ihren Distrikten und Arbeitsgemeinschaften vorzustellen. Dort findet auch eine Reihung der Kandidatinnen und Kandidaten der jeweiligen Gliederung statt.
- März 2013: Der Kreisvorstand beschließt über ein Gremium, das beauftragt wird, auf der Basis der vorliegenden Bewerbungen und Reihungen einen Listenvorschlag zu erarbeiten.
- April/Mai 2013: Das „Listenfindungsgremium“ tagt und erarbeitet einen Listenvorschlag.
- Juni: Der Kreisvorstand berät und entscheidet über einen Listenvorschlag.
- 29. Juni 2013: Eine Kreismitgliederversammlung beschließt die SPD-Liste zur Stadtratswahl 2014.

Munib Agha weiter Vorsitzender der Erlanger Jusos

Auf der Jahreshauptversammlung der Jusos Erlangen wurde der 23-jährige Mathematik-Student Munib Agha einstimmig als Vorsitzender wiedergewählt. Seine Stellvertreter sind Nina Gunkelmann, Katrin Hurle, Friedrich Mirle und Robert Sippl.

Das kommende Amtsjahr steht ganz im Zeichen der Bundestags- und Landtagswahl sowie der Kommunalwahlen. Schwerpunktmäßig werden die Erlanger Jusos sich an der Konzeption der Wahlprogramme beteiligen und sich überlegen, mit welchen Aktionen sie den Wahlkampf unterstützen können.

Thematisch werden sich die Jusos mit den Forderungen der Gewerkschaften, der Wirtschaftsdemokratie, der Umwelt- und der Bildungspolitik beschäftigen. Eng kooperieren wollen die Jungsozialistinnen und Jungsozialisten dabei mit den Gewerkschaftsjugenden. In Folge der Vorkommnisse im Ausländeramt und der zum Teil erschreckenden flüchtlingsfeindlichen Haltung der Bewohnerinnen und Bewohner der Pommernstraße werden die Jusos gemeinsam mit der Flüchtlingsunterstützung Erlangen und der AG Medizin und Menschenrechte eine Aktion organisieren, die über die Situation der Flüchtlinge in Erlangen und Bayern aufklären soll. „Gerade das letzte Jahr hat uns drastisch vor Augen geführt, welche Auswirkungen die menschenverachtende Asylpolitik der Staatsregierung hat. Wir wollen dazu beitragen, dass der Slogan ‚offen aus Tradition' nicht zu einer zynischen Floskel verkommt, sondern Leitfaden im Umgang mit den hier lebenden Menschen ist", so der Vorsitzende.

Politischer Aschermittwoch 2013

Auch zum politischen Aschermittwoch 2013 am 13. Februar 2013 in Vilshofen wird es wieder eine Busfahrt des Unterbezirks geben. Sprechen werden diesmal Christian Ude und Peer Steinbrück.

Anmeldungen sind ab sofort möglich: Jutta.Ledertheil@spd.de, Telefon 8126511. Kosten ca. 15 Euro, Abfahrt voraussichtlich um 6:30 am Busbahnhof.

SPD und Jusos Erlangen bei der Demonstration gegen Studiengebühren

Unter anderem mit Landtagskandidat Philipp Dees, Stadträtin Barbara Pfister und dem Juso-Kreisvorsitzenden Munib Agha war die Erlanger SPD auf der Demonstration gegen Studiengebühren Mitte November vertreten. Insgesamt setzten etwa 1.000 Menschen ein starkes Zeichen für die Abschaffung der Studiengebühren.

Für die SPD ist die Abschaffung der Studiengebühren schon lange zentrales Thema in der Hochschulpolitik: „Wer ein sozial gerechtes Bildungssystem will, der muss alle finanziellen Hürden beseitigen. Bildung darf nicht vom Geldbeutel der Eltern abhängen", erläuterte Landtagskandidat Philipp Dees am Rande der Demonstration. Aus diesem Grund habe die SPD nicht nur die Abschaffung der Studiengebühren, sondern auch der Gebühren für Meisterkurse eingefordert.

Dees erinnerte auch daran, dass die SPD die Studiengebühren bereits bei der Einführung durch die CSU 2007 abgelehnt habe. Die damaligen Befürchtungen hätten sich weitgehend bestätigt, so Dees:

Landtagskandidat Philipp Dees auf der Demonstration gegen Studiengebühren

„Studiengebühren dienen mittlerweile zur Grundfinanzierung der Hochschulen. Der Staat hat sich weiter aus der Hochschulfinanzierung zurückgezogen. Dies gilt es umzukehren: Es ist Aufgabe des Staates, das Bildungssystem zu finanzieren. Schließlich hat die Gesellschaft insgesamt ein Interesse daran, dass es viele hochqualifizierte Menschen gibt und kein Talent verloren geht, weil es sich die Studiengebühren nicht leisten kann."

Sozialdemokratinnen unterstützten Vorlesetag

Gespannt lauschten Erstklässler der Erlanger Pestalozzischule der SPD-Landtagsabgeordneten Angelika Weikert und der SPD-Bundestagskandidatin Martina Stamm-Fibich. Im Rahmen des bundesweiten Vorlesetages erfreuten die beiden Politikerinnen die Kinder mit einer Abenteuergeschichte über die beiden Rattenkinder Eliot und Isabella.

„Lesen ist eine wesentliche Grundlage für Erfolg in der Bildung und für die Medienkompetenz von Kindern. Mit meiner Teilnahme am Vorlesetag will ich die Freude am Lesen fördern", sagt Angelika Weikert. Wie Martina Stamm-Fibich erläutert, habe man sich deshalb bewusst für die Aktion in einer Erlanger Schule

Martina Stamm-Fibich beim Vorlesetag

Angelika Weikert beim Vorlesetag

entschieden, die von vielen Kindern mit Migrationshintergrund und aus schlechter gestellten Familien besucht wird. „Wie jüngst eine Studie zeigt, ist Vorlesen zentral. In den Fächern Deutsch und Mathe erzielen Kinder, denen häufig vorgelesen wird, bis zu 0,4 Notenpunkte bessere Ergebnisse", erklärt Martina Stamm-Fibich.

„Unsere Aktion kann freilich nur ein kleiner Beitrag sein, um das hervorragende Engagement der Lehrkräfte in der Pestalozzischule zu unterstützen", sagten Stamm-Fibich und Weikert. Damit die Schülerinnen und Schüler erfahren, wie das Abenteuer der Rattenkinder Eliot und Isabella ausgeht, übergaben Weikert und Stamm-Fibich am Ende ihrer Aktion je ein Buch für die Klassenbücherei.

August-Bebel-Uhr für Heide Mattischeck

Die Erlanger SPD konnte auch viele langjährige Mitglieder ehren

Im Rahmen der Ehrungsveranstaltung Ende November hat die Erlanger SPD Heide Mattischeck mit der August-Bebel-Uhr ausgezeichnet. Daneben wurden zahlreiche Mitglieder für 60, 50, 40, 25 und 10 Jahre Mitgliedschaft in der SPD geehrt.

Bebeluhr-Preisträgerin Heide Mattischeck und die Jubilare für 60 und 50 Jahre Mitgliedschaft Willi Gehr, Edgar Mayer und Helmut Pfister gemeinsam mit VertreterInnen des Kreisverbands

In seiner Laudation würdigte der SPD-Kreisvorsitzende Dieter Rosner die politische Arbeit der gebürtigen Berlinerin Heide Mattischeck, die Mitte der 1960er Jahre nach Erlangen kam. Ab 1972 gehörte sie dem Erlanger Stadtrat an, wo sie später stellvertretende Fraktionsvorsitzende wurde und ab 1988 Fraktionsvorsitzende war – die erste Frau überhaupt, die im Erlanger Stadtrat ein solches Amt übernahm.

Dieter Rosner übergibt die August-Bebel-Uhr an Heide Mattischeck

1990 wurde Heide Mattischeck in den Bundestag gewählt, wo sie den Wahlkreis Erlangen für 12 Jahre vertrat. In dieser Zeit konnte sie ihr Erststimmenergebnis in der Stadt Erlangen um 10 Prozentpunkte steigern. Dies sei, so Rosner in seiner Laudatio, Folge ihrer überzeugenden politischen Arbeit und ihrer offenen Art, mit der sie auf die Menschen zugegangen sei und ihre Probleme ernstgenommen habe.

Insgesamt habe sich Mattischeck in ihren Mandaten wie auch in ihrem ehrenamtlichen Engagement in Parteiämtern – unter anderem als stellvertretende Kreis- und Unterbezirksvorsitzende – um die Erlanger SPD verdient gemacht, betonte Rosner. Und sie setze dieses Engagement, auch außerhalb der SPD, weiterhin fort, unter anderem im Dritte-Welt-Laden.

Neben der Auszeichnung für Heide Mattischeck gab es auch viele Genossinnen und Genossen für langjährige Mitgliedschaft zu ehren: Georg Dittrich, Willi Gehr und Werner Maly sind seit 60 Jahren Mitglied der SPD, Edgar Mayer und Dr. Helmut Pfister seit 50. Insgesamt 41 Genossinnen und Genossen konnten für 40 Jahre Mitgliedschaft geehrt werden, je neun für 25 und 10 Jahre. Bei Musik mit Klavier und Schlagzeug schlossen sich an den „offiziellen“ Teil noch viele persönliche Gespräche an.

Verleihung des Peter-Zink-Preises 2013

Im Januar 2013 verleihen die Familie von Peter ZInk, die IG Metall Erlangen und die SPD Erlangen wieder den Peter-Zink-Preis. Mit dem Preis werden Jugendliche oder Jugendgruppen gewürdigt, die sich innerhalb der SPD oder der Gewerkschaften oder diesen nahe stehenden Organisationen, Vereinen oder Betrieben durch ihr soziales und gesellschaftspolitisches Engagement für den Aufbau einer lebendigen Demokratie besonders verdient gemacht haben bzw. die in vorbildlicher Weise das politische, gesellschaftliche, arbeitnehmerorientierte Engagement von Jugendlichen fördern.

Peter Zink

Die Verleihung findest am Todestag von Peter Zink statt, am

Dienstag, 10. Januar, 18 Uhr im Saal der IG Metall, Friedrichstraße 7

Der Preisträger oder die Preisträgerin wird noch bekanntgegeben.

Die Familie ZInk, die IG Metall und die SPD freuen sich auf zahlreiche Gäste!

Studiengebühren – das Volk entscheidet

2007 tritt die CSU in Bayern kraftstrotzend auf und führt mit ihrer absoluten Mehrheit die Studiengebühren ein. Es kann doch nicht sein, dass unabhängig vom Geldbeutel der Eltern jeder studieren können soll. Wo kämen wir denn da hin?

Vergebliche Kritik
Jede Kritik prallt an der CSU ab, unter anderem eine von der SPD im März dieses Jahres eingereichte Massenpetition. Die Freien Wähler setzen ein Volksbegehren in Gang, werden erst einmal vom CSU-Innenminister Herrmann gebremst und bekommen vom Bayerischen Verfassungsgerichtshof Ende Oktober grünes Licht. Jetzt wird es spannend.

Seehofer auf Wackelkurs
Die CSU fürchtet eine Debatte um die Studiengebühren. Seehofer und die CSU wissen genau: Die Studiengebühren sind nur ein Beispiel dafür, wie sehr Bildungschancen in Bayern vom Geldbeutel der Eltern abhängen. Diese Diskussion wollte Seehofer im Wahljahr um jeden Preis vermeiden. Durch eine 180-Grad-Wendung sollte mit der Abschaffung der Studiengebühren ein weiteres Thema abgeräumt werden, das für die Staatsregierung unangenehm ist.

Wie viel von Seehofers Ankündigungen zu halten ist, zeigt sich mittlerweile jedoch an der von Schwarz-Gelb angestoßenen Diskussion um nachgelagerte Studiengebühren als angeblicher Alternative. Denn auch Studiengebühren, die nach dem Abschluss des Studiums zu zahlen sind, bleiben Studiengebühren. Aus anderen Ländern wissen wir, dass auch nachgelagerte Studiengebühren junge Menschen aus Haushalten mit niedrigen Einkommen von den Hochschulen fernhalten. Denn diese Menschen haben besondere Angst davor, mit einem Berg Schulden ins Berufsleben zu starten. Mit dem Vorschlag der nachgelagerten Studiengebühren würde sich die FDP durchsetzen. Sie verspricht sich für ihre Haltung Lob und Anerkennung von ihrer Wählerschaft, der es nicht schwer fällt, das Studium zu finanzieren.

Eintragen und Unterschreiben
Es ist gut, dass jetzt das Volk entscheiden kann. Vom 17. bis 30. Januar liegen in den Rathäusern die Unterschriften für das Volksbegehren aus. In diesem Zeitraum müssen wir so viele Menschen wie möglich überzeugen, dort für einen freien Zugang zum Studium zu unterschreiben. Damit das Volksbegehren erfolgreich ist, müssen sich 10 Prozent der Stimmberechtigten eintragen.

Von Angelika Weikert MdL
Betreuungsabgeordnete für den Stimmkreis Erlangen

Nachwort
Sollte dieser Artikel durch die Entwicklung überholt werden, weil sich CSU und FDP doch noch eines Besseren besinnen, dann betrachtet den Artikel das als Beweis dafür, welche Veränderungen das Volk bewirken kann. Wir müssen nur aktiv werden. Im Herbst 2013 bieten uns die Wahlen dazu die beste Gelegenheit.

Redaktionsschluss
für den nächsten Monatsspiegel
Februar 2013
25. Januar 2013

Dritte Welt Laden Erlangen e.V.

Fair-Café im Advent

Wir vom Dritte Welt Laden verwöhnen Sie mit Kaffee, Tee, Kakao und leckeren Köstlichkeiten

Lassen Sie den Einkaufsstress hinter sich oder lassen Sie ihn gar nicht entstehen…
…und wenn Sie doch denken, Sie brauchen noch das eine oder andere Weihnachtsgeschenk für Ihre Lieben …

… dann kommen Sie doch in den Dritte Welt Laden – an den Adventssamstagen von 10 bis 16 Uhr geöffnet!

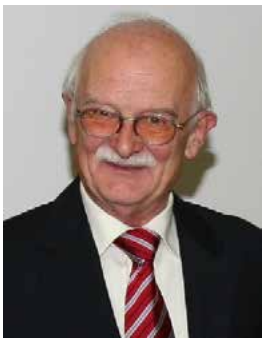
Dieses Jahr gibt es an den Samstagen ganz besondere Dinge zu schauen und zu kaufen:
„Ich war einmal ein Babytragetuch...“ - Utensilien-Boxen, Lätzchen, Kissenhüllen und vieles andere mehr – genäht aus den Stoffen von Dehra Dun ★★★ Ledertaschen, Webwaren, Armbänder aus Naturmaterialien von Amandinas / Peru – einem Projekt für alleinerziehende Mädchen und Frauen in Cusco ★★★ Buchausstellung und noch viele andere wichtige und nicht ganz so wichtige Dinge …

Dritte Welt Laden Erlangen e.V. - Neustädter Kirchenplatz 7
91054 Erlangen, Tel. 23266, www.dritte-welt-laden-erlangen.de

Herbert Hummich zum 75.

Von Ursula Lanig
Stellvertretende Vorsitzende
der Stadtratsfraktion

Am 4. November wurde unser Genosse (seit 33 Jahren) und langjähriger Vorsitzender des Stadtverbands der Erlanger Kulturvereine Herbert Hummich 75 Jahre. Dazu gratulieren ihm Kreisverband und Fraktion der Erlanger SPD von Herzen und wir danken ihm für sein umfassendes und wirkungsvolles Engagement für die Menschen in Erlangen und seinen Partnerstädten. Herbert als „Sozialdemokrat des Handelns“ hat es immer wieder verstanden, Überzeugungen in Taten umzusetzen.



Beruflich war Herbert Hummich in einem Bereich tätig, der für junge Menschen von höchster Wichtigkeit ist: In der Aus- und Weiterbildung im technischen Bereich. Er selbst blieb nach der Ausbildung und dem anschließenden Studium der Elektrotechnik bei Siemens Med in Erlangen. Er schätzte seine Arbeitsstätte, den früheren „Reiniger“ und den heutigen MUWI sehr. Auch er bedauerte, dass aus dem Gebäude nicht das „Forum Medizin-Kunst-Wissenschaft“ wurde, das dessen historischer Bedeutung angemessen gewesen wäre. Er war von 1972 bis 1983 Mitglied des Betriebsrates und wurde als Ausbilder schnell Mitglied und Vorsitzender in Prüfungsausschüssen der IHK.

„Keiner soll verloren gehen“: Das war Herberts Überzeugung von Beginn an. Als Ausbildungsleiter seit 1983 im Siemens Med-Bereich in Erlangen und ab 1992 zusätzlich in Rudolstadt galt sein besonderes Augenmerk bereits damals der Einbeziehung der Schulen für lernbehinderte Schüler und Auszubildende.

Dabei war sein Einsatz für die Integration lernbehinderter Mitmenschen in den Beruf nicht auf die Firma Siemens beschränkt. Herbert war Fachbeirat des Berufsbildungswerkes Mittelfranken und über zehn Jahre Mitglied des Berufsschulbeirates des Berufsbildungswerkes Nürnberg für Hör- und Sprachgeschädigte. Von 1995 bis 1997 war er Mitglied in der Helios-Kommission der Europäischen Union, die europaweit Konzepte für die Integration von Behinderten in die Betriebe entwickelt. Er vertrat Deutschland als einziger Vertreter der Industrie in einer Arbeitsgruppe des EU-Projektes Helios II. Ab 1986 setzte er außerdem das von Siemens in Zusammenarbeit mit der Bundesregierung entworfene Ausbildungsmodell für Facharbeiter um. In dieser Zeit führte er viele Initiativen zum Erfolg, wie z.B. den Arbeitskreis „Schule und Wirtschaft“, und er war Beirat in Arbeitskreisen für die Qualifizierung von Ausbildern und in Freundeskreisen berufsbildender Schulen, auch für Menschen mit Behinderung.

„Dass der Mensch dem Menschen ein Helfer sei“ – das sieht Herbert als Grundlage gelingender sozialer Integration. Sein breit angelegtes Engagement für junge Menschen umfasste auch immer die Förderung ihrer sozialen Kompetenz. Diesen zweiten Schwerpunkt seines Einsatzes verfolgte er nicht nur in Erlangen: Unermüdlich, selbst durch eine schwere Krankheit kaum unterbrochen, ist sein humanitäres Engagement. Dieser Einsatz für Schwächere in unserer Gesellschaft rührt sicherlich auch aus seiner christlichen Überzeugung her, er war Presbyter der evangelisch-reformierten Kirche und leitete die Gemeinde während der Pfarrervakanz von 1990 bis 1992.

Von 1997 bis 2007 war Herbert Vorsitzender des Stadtverbands der Erlanger Kulturvereine und setzte sich an dieser Stelle für den Zusammenhalt der Menschen in Erlangen ein. Er war dabei immer darauf bedacht, Kulturen miteinander bekannt zu machen und zu verbinden. Für den Stadtverband hat er neben vielen anderen Initiativen die Reihe „Schule und Vereine“ ins Leben gerufen und betreut sie noch immer. Die sich beteiligenden Vereine machen die SchülerInnen mit den Angeboten ihrer Vereine durch aktives Mitmachen bekannt – eine Chance sinnvoller Freizeitgestaltung für die Jugendlichen und Nachwuchswerbung für die Vereine gehen so Hand in Hand.

„Offen aus Tradition“ war Herbert immer. Sein ausgeprägtes soziales Verantwortungsgefühl spiegeln auch seine ehrenamtlichen Tätigkeiten wider. Mit persönlichem und materiellem Einsatz half er, das im Zeichen der Aussöhnung und Völkerverständigung gegründete Erlangen-Haus in der russischen Partnerstadt Wladimir zu renovieren und er war lange Jahre als Revisor im Stiftungsrat des Hauses tätig. Vor allem unterstützt er dauerhaft die dortige Kindernotfallklinik, deren kleine Patienten ihm sehr am Herzen liegen.

Aber auch kurzfristige Projekte, wie z.B. ergiebige und phantasievolle Spendenaktionen, die die größte Not der Menschen in Wladimir während des Hungerwinters 1998 lindern sollten, fanden Herberts tatkräftige Unterstützung.

Ein besonderes Anliegen war ihm die Pflege der Städtepartnerschaften und dabei vor allem der Kontakt der Bürger – nach Rennes, Cumiana und Wladimir hat er hervorragende Bürgerreisen geplant und durchgeführt, wobei der Höhepunkt sicher die 350-Personen-Reise nach Wladimir zum 20-jährigen Partnerschaftsjubiläum war (mit allen Problemen, die solch ein Großprojekt bietet und die er meistern musste!). Alle Mitreisenden werden diese Reise immer in Erinnerung behalten!

All dies ist nur ein Ausschnitt aus Herberts vielfältigem Engagement, vieles fehlt noch, würde aber den Rahmen sprengen, (z.B. der Vorsitz bei den Naturfreunden von 1994 bis 2008). Die Förderung aktivierender kultureller und allgemeinnütziger Projekte hat ihm große Zustimmung in Erlangen gebracht. 1996 erhielt er daher den Ehrenbrief des Bezirks Mittelfranken und den der Stadt Erlangen für Wirtschaft. 2011 wurde ihm für sein vielfältiges berufliches und bürgerschaftliches Engagement das Bundesverdienstkreuz verliehen. Die SPD hat ihm für seine langjährige Solidarität und für seinen großen Einsatz für Integration und kulturelle Bildung zu danken.

Lieber Herbert, bewahre dir deinen Lebensmut und die Freude an deiner Familie, mische dich weiter ein und bleibe gesund! Wir wünschen Dir und Bruni viel Freude und Erfolg in eurem gemeinsamen Engagement für die Menschen (nicht nur) in Erlangen – und dir alles Gute zum Geburtstag!

Zum 75. Geburtstag von Dietmar Habermeier

Von Heide Mattischeck

Lieber Dietmar, lieber Habs,
am 11. Dezember feierst Du Deinen 75. Geburtstag. Zu Deinem 60. Geburtstag hat Wolfgang Vogel Dir im Monatsspiegel gratuliert, zum 65. Geburtstag wurde ich gebeten, Dir den Dank und die guten Wünsche der Erlanger SPD zu übermitteln und zu Deinem 70. Geburtstag hat Dich Dietmar Hahlweg unter der Überschrift „Wegbereiter der Radfahr- und Ökostadt Erlangen“ gewürdigt.

Wie ich Dich kenne, würdest Du jetzt sagen: Nun ist es aber auch genug damit. Deshalb will ich keine weiteren Worte verlieren über den Juristen und Richter am Bayerischen Verfassungsgericht, den Fahrradpionier, den engagierten Rechts- und Umweltreferenten, den maßgeblichen Mitverfasser vieler Kommunalpolitischer Programme, den Monatsspiegel-Aktivisten und unzählige andere Funktionen, sondern einfach ganz persönlich an gemeinsame Erfahrungen und Erlebnisse in unserem langen Parteileben erinnern.

Wir waren 1972 noch kein halbes Jahr im Stadtrat und wurden von den Jusos zu einem ersten Rechenschaftsbericht geladen – im Nebenzimmer des „Mohrenkopf“. Stolz berichteten wir über unsere ersten Erfolge, die wirklich erstaunlich waren. Nicht, dass wir nun so richtig gelobt werden wollten, aber ein wenig Anerkennung hatten wir schon erwartet. Die blieb jedoch aus – im Gegenteil, wir wurden heftig kritisiert für alles, was wir noch nicht oder falsch gemacht hatten. Eine herbe Enttäuschung für uns. Das war unsere erste, nicht gerade ermutigende Begegnung mit der Basis-Kontrolle.

Ich erinnere mich an eine sehr gut besuchte Bürgerversammlung in der Südstadt, in der Oberbürgermeister Dietmar Hahlweg und der Planungsreferent Böhlck den Anwohnern die sogenannte „Schleifenlösung“ vorstellten. Wir nahmen es ja Ernst mit der Bürgerbeteiligung. Diese Planung sollte der Südstadt die gewünschte Verkehrsberuhigung bringen. Offensichtlich empfanden das die Bürger anders. Es war eine überaus emotionale und auch an persönlich kränkenden Wortbeiträgen reiche Versammlung. Sachliche Diskussion war nicht möglich. Wir beide haben uns im Anschluss daran bei einem Bier im „Volksgarten“ unseren Frust über den Verlauf dieses Abends von der Seele geredet. Trotzdem sind wir nicht „vom Glauben abgefallen“ und halten rechtzeitige Bürgerbeteiligung für unerlässlich.

Später, wenn ich als Abgeordnete im Bundestag über Gesetzentwürfen brütete und versuchte, das Juristen-Deutsch zu verstehen bzw. Fallstricke zu erkennen, wusste ich immer, im Ernstfall würdest Du, lieber Habs, mir helfen. Ich habe auch in dem einen oder anderen Fall auf dieses Wissen zurückgegriffen.

Und als ich dann meinen im Ergebnis erfolgreichen Versuch unternahm, den Fahrradverkehr auch auf die bundespolitische Ebene zu heben, warst Du mit Deiner jahrzehntelangen Erfahrung als Fahrradspezialist der wichtigste Rat(d)geber.

Seit einiger Zeit sitzen wir beide mit dem anderen Dietmar, mit Gerd Peters und Bernd Döbbelin zusammen und bemühen uns, unsere kommunalpolitischen Erfolge seit 1972 zu dokumentieren und aufzuschreiben, was wir in all den vielen Jahren in unserer Stadt bewegt haben. Das ist unendlich viel, und Du hast daran einen ganz erheblichen Anteil. Wir kommen aus vielerlei Gründen nicht so schnell voran, wie wir uns das wünschen, aber wir bleiben guten Mutes. Mit Deinen präzisen und verständlichen Formulierungen auch komplizierter Sachverhalte leistest Du einen wichtigen Beitrag zu unserer Arbeit. Es macht immer Spaß, mit Dir gemeinsam an etwas zu arbeiten.

Lieber Dietmar, ich gratuliere Dir im Namen der Erlanger SPD und auch ganz persönlich zu Deinem 75. Geburtstag und wünsche Dir alles Gute.

Toleranz fördern – Diskriminierung abbauen

Gleiche Rechte für homosexuelle, transsexuelle und intersexuelle Menschen

Antrag an die Kreismitgliederversammlung am 13. Dezember

Antragssteller_innen: AsF Erlangen und Jusos Erlangen

Adressat_innen: Bezirks-, Landes- und Bundesparteitag der SPD, SPD-Stadtratsfraktion, Landtags- und Bundestagsfraktion

Die rechtliche Situation von Lesben und Schwulen in Deutschland hat sich seit 1969 kontinuierlich verbessert. Insbesondere die rot-grüne Bundesregierung hat große Schritte in Richtung Gleichstellung unternommen, unter anderem durch die Einführung der eingetragenen Lebenspartnerschaft. Auch in der Gesellschaft und den Medien wird das Thema Homosexualität nicht mehr tabuisiert, die echte gesellschaftliche Gleichstellung ist jedoch bei weitem noch nicht vollzogen. Gesellschaftlich gehören Diskriminierungserfahrungen immer noch zum Alltag von Schwulen und Lesben. Schon das Outing gegenüber Familie und Freunden bedeutet für die meisten schwulen und lesbischen Jugendlichen weiter eine besondere Herausforderung – insbesondere für jene, die unter mehrfacher Diskriminierung leiden, wie zum Beispiel Schwule und Lesben mit Migrationshintergrund. Aber auch am Arbeitsplatz und in der Öffentlichkeit erfahren Schwule und Lesben nach wie vor Ablehnung.

Auch in vielen gesetzlichen Regelungen sind Schwule und Lesben weiterhin schlechter gestellt. Trotz vieler, oft erst vom Bundesverfassungsgericht erzwungener Anpassungen bestehen weiterhin vielfältige Unterschiede in der Behandlung von Ehen und Lebenspartnerschaften, darunter für die Betroffenen einschneidende Benachteiligungen im Steuerrecht und im Adoptionsrecht.

Die Situation transsexueller (die sich selbst nicht dem körperlich gegebenen

Geschlecht zuordnen) und intersexueller Menschen (die weder dem männlichen noch dem weiblichen Geschlecht eindeutig zugeordnet werden können) wird jedoch auch in unserer Gesellschaft weitgehend tabuisiert und ihre Rechte missachtet.

Nach geltenden gesetzlichen Regelungen und Verfahren müssen Transsexuelle sich zu identitätsgestörten Menschen erklären. Da diese Verfahren die Geschlechtsidentität transsexueller Menschen nicht umfassend respektieren, verstoßen sie gegen Menschenrechte.

Intersexuelle werden in der Regel im Kindesalter ohne ihre Einwilligung an ihren uneindeutigen Genitalien operiert, um diese zu „vereinheitlichen", wobei in Kauf genommen wird, dass ihr sexuelles Empfinden vermindert oder gänzlich zerstört wird. Ein Leben als Intersexueller ist in unserer Gesellschaft nicht vorgesehen.

Für die Gleichstellung von homosexuellen, transsexuellen und intersexuellen Menschen besteht also nach wie vor deutlicher Handlungsbedarf. Deshalb stellen wir folgende Forderungen auf, um die rechtliche und gesellschaftliche Gleichstellung voranzutreiben und Diskriminierungen aktiv zu bekämpfen.

Bundes- und Landesebene:

- Verbot der Benachteiligung aufgrund der sexuellen Identität: Die derzeitige Formulierung des Artikel 3 des Grundgesetzes (Gleichheit vor dem Gesetz) kann die rechtliche Benachteiligung von Schwulen und Lesben offensichtlich bisher nicht wirksam verhindern. Deswegen fordern wir, den Artikel 3 um das Merkmal „sexuelle Identität" zu ergänzen.
- Gleichstellung von Regenbogenfamilien: Der besondere Schutz von Ehe und Familie in Artikel 6 des Grundgesetzes soll für alle familiären Gemeinschaften gelten. Familien mit zwei Vätern oder zwei Müttern sollen familien-, steuer- und sozialrechtlich gleichgestellt werden.
- Einführung des Familiensplittings: Wir fordern die Abschaffung des Ehegattensplittings zugunsten eines Familiensplittings, von dem sowohl heterosexuelle als auch homosexuelle Paare profitieren sollen. Für diese würde dieser Schritt einen beträchtlichen Beitrag zur Gleichstellung leisten, da Lebenspartnerinnen und Lebenspartner bisher beispielsweise bei der Einkommenssteuer den Kinder- und den Betreuungsfreibetrag nicht auf die Co-Mutter bzw. den Co-Vater übertragen können, auch wenn diese die Alleinverdiener_innen sind.
- Gleichstellung eingetragener Lebenspartnerschaften mit der Ehe: Durch die Einführung der eingetragenen Lebenspartnerschaft wurden sowohl die Bürgerrechte lesbischer wie schwuler Paare als auch die gesellschaftliche Akzeptanz gleichgeschlechtlicher Beziehungen gestärkt. Verpartnerte homosexuelle Paare besitzen allerdings immer noch nicht dieselben Rechte wie verheiratete heterosexuelle. Wir fordern die komplette rechtliche Gleichstellung der eingetragenen Lebenspartnerschaft mit der Ehe.
- Adoptions- und Sorgerecht für homosexuelle Paare: Es ist derzeit Ehe-

Rebecca Friedrich
Serviceberaterin in der
Geschäftsstelle Möhrendorfer Straße

direkt GIRO

Das kostenlose* 0,-nlinebanking-Konto für Privatkunden mit persönlicher Beratung und Service.

Stiftung Warentest
Finanztest
Kostenloses Girokonto ohne Bedingungen
direkt GIRO
Im Test: 1.610 befragte deutsche Banken
73 mit kostenlosem Konto nach den Kriterien von Finanztest
Ausgabe 2/2012

Sparkasse Erlangen
Sicher. Stabil. Verlässlich.

*Das „direkt GIRO" ist das kostenlose Online-Girokonto der Sparkasse Erlangen nur für Privatkunden: kein Grundpreis, kein Durchschnittsguthaben, kein Mindesteingang, keine Buchungspostenentgelte. Kostenlos in Deutschland Geld abheben an über 25.000 Geldautomaten der Sparkassenorganisation. Sämtliche Arbeiten zur Kontoumstellung erledigen wir gerne für Sie. Fragen Sie jetzt unsere Berater nach dem „direkt GIRO" und unserem Finanzcheck. Weitere Informationen auch per Telefon: 09131 824-500 (Mo. - Fr. jeweils von 8:00 Uhr bis 20:00 Uhr) oder unter **www.sparkasse-erlangen.de**

paaren und Einzelpersonen erlaubt, Kinder zu adoptieren, homosexuellen Paaren ist dies hingegen verwehrt. Argumente zugunsten dieser Diskriminierung mit Verweis auf das Kindeswohl sind durch eine Studie des Bundesjustizministeriums widerlegt, die zeigt, dass das Wohlergehen der Kinder nicht davon abhängt, ob die Eltern in hetero- oder homosexuellen Partnerschaften leben. Wir fordern daher, die Benachteiligung von homosexuellen Paaren hinsichtlich des Adoptions- und Sorgerechtes zu beenden.

- Künstliche Befruchtung für lesbische Paare erlauben: Die Richtlinien zur assistierten Reproduktion der Bundesärztekammer untersagen jegliche ärztliche Unterstützung bei einer künstlichen Befruchtung, wenn die betreffende Frau in einer lesbischen Partnerschaft lebt. Dabei spielen ethische Gründe keine Rolle. Ärzte sollen so vor möglichen Unterhaltsansprüchen der gezeugten Kinder geschützt werden, denn das Abstammungsrecht misst in diesem Fall mit zweierlei Maß: Wird ein Kind in einer Ehe durch künstliche Befruchtung mit dem Erbgut einer dritten Partei gezeugt, so gilt es rechtlich als Kind des Ehepaars. Bei dem Paar in der eingetragenen Lebenspartnerschaft verhält es sich aber nicht so. Deswegen fordern wir, dass für homosexuelle Paare in eingetragener Lebenspartnerschaft zukünftig dasselbe Abstammungsrecht wie für Eheleute gilt. Auch die Beschränkung auf verheiratete Paare muss aufgehoben werden, das Recht auf Familiengründung muss für alle gelten.
- Verfolgten Schwulen und Lesben Schutz bieten: In vielen Ländern werden Lesben und Schwule wegen ihrer Homosexualität verfolgt. Es drohen Haft- und Todesstrafen. Deutschland muss deshalb Menschen, die aufgrund ihrer Sexualität verfolgt werden, Asyl gewähren. Auf internationaler Ebene muss sich die Bundesrepublik gegen die Verfolgung und für die Gleichstellung Homo-, Trans- und Intersexueller einsetzen.
- Die Verfolgung von Menschen aufgrund ihrer Geschlechtsidentität in der NS-Zeit muss aufgearbeitet und in das Gedenken und in die historische Darstellung miteinbezogen werden.
- Rehabilitierung und Entschädigung der in der BRD und DDR Verurteilten: Lesben und Schwule wurden nach 1945 weiter strafrechtlich verfolgt. 1968 wurde der §175 zwar aufgeweicht, zu seiner endgültigen Streichung kam es aber erst 1994. Auch die DDR hat Homosexualität unter Erwachsenen bis 1968 nicht vollständig entkriminalisiert. Die Opfer dieser menschenrechtswidrigen Strafverfolgung in West und Ost müssen rehabilitiert und entschädigt werden.
- Freie Wahl des Geschlechts in amtlichen Dokumenten: Menschen sollte das Recht eingeräumt werden, das Geschlecht in amtlichen Dokumenten frei zu wählen. Für Transsexuelle stellt die Änderung der Geschlechtsangabe in offiziellen Dokumenten nach einer Geschlechtsanpassung eine menschlich oft schwierige bürokratische Herausforderung dar. Intersexuellen Menschen wird dies generell nicht gestattet. Vorbild ist hier Australien , das ein drittes Geschlecht X („unspecified“) eingeführt hat. Dieses Modell soll auch in Deutschland eingeführt werden, da insbesondere Intersexuelle sich nicht einem Geschlecht zuordnen lassen wollen.
- Aufklärung in Schulen, Sensibilisierung der Lehrkräfte, Aufklärung am Arbeitsplatz: Viele lesbische und schwule Jugendliche haben nach wie vor Angst, von ihrem Umfeld abgelehnt oder sogar gemobbt zu werden. Deswegen muss in den Schulen ent-

Erlanger Mieterinnen- und Mieterverein

Möhrendorfer Str. 1c · 91056 Erlangen
Tel. 09131/4 32 26

Beitragssätze

Der ermäßigte Mitgliedsbeitrag in Höhe von 24,- Euro pro Jahr gilt für alle:
- Schüler/-innen
- Studenten/-innen
- Lehrlinge
- Rentner/-innen
- Arbeitslose
- Sozialhilfeempfänger/-innen
- Wehr- und
- Zivildienstleistende

Alle anderen zahlen 30,- Euro jährlich. Hinzu kommt eine einmalige Aufnahmegebühr von 2,50 Euro.

Wir bieten
- Beratung unserer Mitglieder in allen Fragen des Mietrechts. (siehe Beratungstermine)
- Informations- und Erfahrungsaustausch durch unsere Rundbriefe.
- Möglichkeit zur aktiven Mitgestaltung der Vereinsarbeit.
- Offenheit für alle Beiträge im konkreten und politischen Handeln.

Beratungstermine

Jeden Dienstag von 18.00 - 20.00 Uhr im E-Werk an der Fuchsenwiese, Gruppenraum 2 (3. Stock)

Jeden ersten Montag im Monat von 17.30 - 19.00 Uhr in der Scheune, Odenwaldallee 2

Jeden ersten Donnerstag im Monat von 17.00 - 19.00 Uhr im Begegnungszentrum Fröbelstr. 6, Stadtteil Bruck

Während des Semesters jeden Donnerstag von 18.00 - 19.00 Uhr im Sprecherrat, Turnstraße 7

Ansonsten nach telefonischer Vereinbarung, Tel.: 43226 (Montag bis Freitag von 9.00 - 12.00 Uhr)

sprechende Aufklärungsarbeit über Homosexualität geleistet werden. Das betrifft u.a. Lehrpläne und Lehrer_innenausbildung. Auch in den Betrieben und Unternehmen sollten Maßnahmen getroffen werden, die ein Klima am Arbeitsplatz fördern, das den offenen Umgang mit der Geschlechtsidentität erleichtert und Diskriminierung abbaut.

Kommunale Ebene:

- Stadtgeschichte ist auch Geschichte der Lesben und Schwulen. Dies darf in der lokalen Geschichtsschreibung nicht mehr totgeschwiegen werden. Städtische Einrichtungen sollen beauftragt werden, auch die geschichtliche Situation der Homosexuellen zu recherchieren. Auch der Lesben und Schwulen, Trans- und Intersexuellen soll würdig gedacht werden.
- In Bildungs- Kultur- und Jugendeinrichtungen müssen Angebote für Lesben und Schwule geschaffen werden. Städtisches Personal und Mitarbeiter_innen im Bildungs- und Erziehungsbereich sollen in Schulungen zu Homosexualität und Geschlechtsidentität sensibilisiert werden.
- Unterstützung von Organisationen und Vereinen: Viel Aufklärungsarbeit für die Belange homosexueller, transsexueller und intersexueller Menschen wurde und wird durch das ehrenamtliche Engagement von Menschen geleistet. Dieses Engagement gilt es von kommunaler Seite zu stärken und zu fördern.
- Einbeziehung des Themas in die Integrationsarbeit und Schaffung von Beratungsangeboten für Schwule und Lesben mit Migrationshintergrund.
- Kommunale Koordinierungsstellen/ Beauftragte auf allen Ebenen: In den Kommunen sind nach Münchener Vorbild Koordinierungsstellen für gleichgeschlechtliche Lebensweisen zu gründen, die sich nicht nur um die Belange der Lesben und Schwulen, sondern auch um jene der Trans- und Intersexuellen kümmern, sie beraten und Öffentlichkeitsarbeit u.a.m. leisten.
- Besseres Leben von Homosexuellen im Alter: Die traditionelle Senior_innenarbeit ignoriert die Bedürfnisse älterer homosexueller Männer und Frauen noch weitgehend, weder im Freizeit- noch im Bildungsbereich gibt es zielgruppenorientierte Angebote. Notwendig sind Konzepte für die kultursensible Versorgung, Pflege und Begleitung von lesbischen Frauen und schwulen Männern.

Neues aus dem Bezirkstag...

Von Gisela Niclas
Bezirksrätin

Behindertenfahrdienst erfolgreich verteidigt

Der Versuch der CSU/FW-geführten Bezirksverwaltung, den Behindertenfahrdienst anzugreifen, konnte erfolgreich verhindert werden. Ein Antrag der SPD-Fraktion, den wir breit „gestreut“ haben, solidarisierte sich mit dem Widerstand der Nutzerinnen und Nutzern und der Sozialverbände und war gleichzeitig die Voraussetzung für eine kämpferische und kontroverse Debatte im Sozialausschuss. Wieder einmal war das Bezirksrathaus Schauplatz einer Demonstration (und wieder einmal war dieser Protest der Presse keine Zeile wert).

Die SPD-Bezirkstagsfraktion

Worum ging es? Die jetzige Regelung – Berechtigungskarte mit Einzelfahrten oder Kilometerpauschale – sollte auf Geldleistung umgestellt werden. Begründet wurde dies mit Abrechnungsproblemen der Verwaltung mit den Fahrdiensten. Die Betroffenenvertreter und die Verwaltung hatten darüber im Vorfeld nicht nur keinen Konsens erzielt. Sie hatten das Ansinnen des Bezirks, bereits zwei Jahre nach Einführung das ganze System auf den Kopf zu stellen, sogar einstimmig abgelehnt. Die Betroffenen befürchten nicht nur die Überwälzung der Abrechnungsprobleme auf die NutzerInnen; es ist auch davon auszugehen, dass eine ganze Reihe von Menschen mit Handicaps je nach Behinderungsart mit der Selbstorganisation der Geldleistung überfordert werden. Das würde bedeuten: Geringere Nutzung des BFD, Kostensenkung, Reduzierung von Inklusion. Der BFD ist aber ein ganz wesentliches Element zur Teilhabe durch Mobilität.

„Nicht ohne uns über uns“: Mit diesem Grundprinzip der Behindertenrechtskonvention begründete die SPD-Fraktion ihre Ablehnung: Keine Änderung ohne Konsens mit den Betroffenen. Die CSU gab im Ausschuss klein bei. Das Thema soll allerdings im nächsten Jahr erneut auf den Tisch – übrigens mitten in der heißen Wahlkampfphase. Also: Wachsam bleiben und weiter Solidarität üben im Widerstand! Es lohnt sich.

Ambulante Versorgung Suchtkranker akut gefährdet

Nicht ganz so erfolgreich verlaufen ist der Widerstand gegen die Umstellung der Finanzierung der Suchthilfe und Hilfe für psychisch Behinderte von der bisherigen Art der Vergütung auf sogenannte Fachleistungsstunden (FLS). Verhindert werden konnte zwar ein sofortiger Umstellungsbeschluss, jedoch wurde mehrheitlich mit den Stimmen von CSU und FW der Verwaltung der Auftrag erteilt, mit den Leistungsanbietern zu verhandeln.

Ohne jetzt hier in die Tiefen des „Verwaltungslateins“ im Detail einzustei-

gen, zeigt sich auch hier die Linie der CSU/FW-geführten Bezirksverwaltung: Ebenso wie beim BFD geht es vor allem um Kostensenkung. Gegen das soziale Finanzierungsinstrument FLS ist an sich nichts einzuwenden, wenn es ausreichend finanziell ausgestattet ist. Das ist aber bisher nicht der Fall. Ganz praktisch bedeutet der derzeitig diskutierte Stundensatz von ca. 55 Euro, dass z.B. die psychotherapeutische Wohngemeinschaft im Zentrum Erlangens sofort schließen müsste. Unter dem „Dach“ der Paritätischen Wohlfahrtsverbandes, in dem viele kleine, flexible und inklusiv arbeitende Projekte versammelt sind, wird in dieser WG seit Jahrzehnten erfolgreich mit jungen Suchtkranken gearbeitet: Rehabilitation im Anschluss an stationäre Behandlung, Integration in Ausbildung und Arbeit.

Die geplante Standardabsenkung des Bezirks würde nicht nur das Aus für „unsere“ Erlanger WG, sondern auch für viele andere kleine – d.h. vor allem auch sozialraumorientierte – Angebote bedeuten; sie zeigt auch erneut die ganze Unbarmherzigkeit der bayerischen Politik in der Suchthilfe.

Haushalt 2013: Sozialabbau trotz guter Rahmenbedingungen

War der Bezirkshaushalt 2012 noch stark gekennzeichnet von einem sehr engen Finanzrahmen, ist der kommende Haushalt deutlich besser ausfinanziert. Rund 13 Millionen ist er „überfinanziert“ (Zitat des Bezirkskämmerers), rechnet man die Mindestrücklage von 6,6 Mio. Euro dazu, kommt man auf fast 20 Mio. Warum ist das so?

Die Haushalte 2013 und 2014 sind gekennzeichnet von sogenannten „Einmaleffekten“. Ebenso wie die Kommunen erfährt der Bezirk Entlastung durch Übernahme der Grundsicherung durch den Bund, die Mittel für den Finanzausgleich (FAG) durch den Freistaat wurden erhöht (der Wahltermin lässt grüßen!!!), die Umlagekraft ist gestiegen.

So erfreulich die stärkere Umlagekraft aufgrund einer verbesserten wirtschaftlichen Entwicklung in den letzten 2 Jahren in Mittelfranken ist, es gilt festzuhalten: Mittelfranken steht weiterhin fast am Schluss aller Bezirke bei der Aufwärtsentwicklung. Hier zeigt sich das fortbestehende Nord-Süd-Gefälle der wirtschaftlichen Prosperität Bayerns als Folge einer unausgewogenen und ungerechten Wirtschaftsförderung des CSU-geführten Freistaates. Folge: Bei absehbaren rezessiven Entwicklungen wird sofort wieder das strukturelle Problem der Abnahme der Umlagekraft durchschlagen. Politische Forderung: In die Berechnung der FAG-Mittel muss ein Risiko-Strukturausgleichselement für die wirtschaftsschwächeren nordbayerischen Bezirke eingefügt werden.

Kritisch sieht die SPD-Fraktion die reduzierte Finanzierung des sozialen Bereiches (Einzelplan 4). Hier greifen die Kürzungsvorgaben der Bezirktagsmehrheit von 2011 mit der Folge, dass viele Leistungsanbieter vor allem in der Eingliederungshilfe mehr und mehr unter Druck geraten bei der Gewährleistung der Qualität der Arbeit. Die restriktiven Entgeltverhandlungen des Bezirks machen es vielen Arbeitgebern im Sozialbereich mittlerweile schwer oder sogar unmöglich, Tarifsteigerungen zu bezahlen und das bei immer stärker werdendem Fachkräftemangel. Demgegenüber fordert die Bezirksverwaltung immer noch mehr Personal für noch mehr Bürokratie und Kontrollen.

Hier die wichtigsten Forderungen der SPD-Bezirkstagsfraktion zum Haushalt 2013:

- Mehr Geld für den Sozialhaushalt, volle Weitergabe der Tarifsteigerungen in Entgeltverhandlungen
- Mehr Beschäftigungsförderung im 1. Arbeitsmarkt
- Mehr Unterstützung der Arbeit der Werkstatträte und Bewohnerbeiräte
- Schaffung eines Anreizsystems „Umsteuerung von stationär nach ambulant“
- Aussteigerprogramm gegen Rechts

Mehr dazu auf unserer Homepage www.spdbezirkstag.de.

Kulturtipp: Umberto Eco: Der Friedhof von Prag

Von Dieter Rossmeissl
Kulturreferent der Stadt Erlangen

Kultur will bewegen. Das erzeugt Widerspruch – und das ist gut so. Ein Buch, das auf viel Widerspruch stößt, ist Umberto Ecos letzter Roman „Der Friedhof von Prag“, der (laut taz) „schwer verdaulich“ sein soll. Ich habe ihn mit Vergnügen gelesen, auch wenn die Lektüre ein wenig Anstrengung verlang.

Hauptfigur ist der windige Jurist und Testamentfälscher Simonini, bei dem die (wirkliche) Affäre um den jüdischen Hauptmann Dreyfus die Erkenntnis weckt, dass man mit politischen Fälschungen viel mehr Geld und Einfluss erwerben kann und dass Juden ohnehin den meisten Menschen so verdächtig sind, dass man ihnen alles unterstellen kann, egal wie absurd. So webt er ein Verschwörer-Netzwerk aus Freimaurern, Jesuiten und Geheimdiensten, denen er selbst gefälschte Dokumente über eine angebliche jüdische Weltverschwörung verkauft. Dazu erfindet er ein Geheimtreffen führender Rabbiner auf dem jüdischen Friedhof von Prag, auf dem diese wahlweise die Vernichtung des Christentums, des Kapitalismus oder der Linken besprechen, immer mit dem Ziel der eigenen Weltherrschaft. Eigentlich glaubt diesen plakativen Unsinn keiner von Simoninis Adressaten, aber jeder baut die angeblichen Dokumente der „Weisen von Zion“ in seine eigenen politischen Ränkespiele ein und ist dem Autor für seine Fälschungen dankbar – bis zuletzt jeder an eine Verschwörung glaubt, weil es die anderen ja auch tun.

Der Roman, in dem bis auf die Hauptfigur nur wenig erfunden ist, zeigt mit viel historischen Zitaten und subtilem Witz die Absurdität eines Verschwörungsglaubens als Argumentationsbasis für Antisemitismus, entlarvt dessen Anhänger als nützliche Idioten im Spiel der Mächtigen. Dabei greift Eco massiv auf historische Fakten zurück, weshalb all die Antisemitismen auch nicht fiktiv sind, sondern dem Leser im Kern bekannt vorkommen.

Der Roman ist eine anspruchsvolle Lektüre, aber sie wirft einen unterhaltsamen Blick darauf, wie aus Ressentiments Vorurteile werden und wie sich deren Wirkungen unheilvoll, aber geldbringend multiplizieren.

Umberto Eco: Der Friedhof von Prag; Hanser Verlag, ISBN 978-3446237360, 528 Seiten

Informationsdienst der SPD-Stadtratsfraktion Erlangen

November 2012

RATHAUS TELEGRAMM

Seite 2

Vertane Chance!

Unterführung Münchener Str. wird nicht verbreitert

Seite 2

Wiedergewählt!

Helga Steeger weiterhin Vorsitzende des SenB

Die Bahn kommt – die Mauer auch?

SPD informiert über Lärmschutz im E-Werk

Bei einer öffentlichen Diskussionsveranstaltung informierte die SPD-Fraktion Erlangen und SPD-MdB Martin Burkert über den ICE- und S-Bahnausbau und die Lärmschutzmaßnahmen

www.vde8.de

Hier informiert die Bahn aktuell über den Stand des „Verkehrsprojektes Deutsche Einheit 8“

Der Bundestagsabgeordnete und Bahnexperte Martin Burkert sowie zwei Vertreter der DB Projektbau waren der Einladung nach Erlangen gefolgt.

Raimer Baur von der Deutschen Bahn musste allerdings gleich zu Beginn die Hoffnungen zerstören, dass bei den Lärmschutzmaßnahmen noch Handlungsspielraum besteht. Höchstens bei der farblichen Gestaltung gäbe es noch Einflussmöglichkeiten, da die Planungsverfahren bereits abgeschlossen sind. Derzeit gebe es noch keine Alterniven zu Lärmschutzwänden, da andere Verfahren z. B. am Gleisbett oder an den Bremsen der Züge noch nicht zugelassen seien. Er machte auf den „Informationspunkt Erlangen" an der Güterhallenstraße (ehem. großer Postparkplatz) aufmerksam und forderte alle betroffenen Bürger auf, die direkt durch die Lärmschutzmauer betroffen sind, sich hilfesuchend an ihn und sein Team zu wenden.

Der SPD-Bahnexpert Martin Burkert MdB hakte hier ein. Da der Güterverkehr quer durch Europa in den kommenden Jahren weiter extrem ansteigen werde, muss ein Teil dieses Verkehrs über die Schiene abgewickelt werden, da unser Straßensystem

schon jetzt kurz vor dem Kollaps stünde.

Bei Güterzügen, die während der Nacht fahren und zum Teil eine Länge von mehreren Kilometern Länge aufweisen, sei es dringend notwendig, endlich auch die Bürgerinnen und Bürger vor dem zunehmenden Lärm zu schützen.

Transportunternehmen müssten im Notfall durch höhere Gebühren dazu gezwungen werden, ihre Waggons auf leisere, modernere und vor allem jetzt schon vorhandene Bremssysteme umzurüsten. Auch müssen die Genemigungsverfahren vorangetrieben werden, so dass die Belastung der Anlieger möglichst gering gehalten werden kann. ■

Benefizkonzert zugunsten junger Menschen in Armenien

23. November um 19 Uhr - Herz-Jesu-Kirche, Erlangen

www.erlanger-kultur-vereine.de/_Termine/Benefizkonzert-Armenien/Benefizkonzert-Armenien.pdf

Die Sopranistin Frau Hrachuhí Bassénz präsentiert mit dem Bariton Gor Harutyunyan (Staatsoper und -theater Nürnberg) und der Pianistin Anahit Ter-Tatshatyan (Musikhochschule Nürnberg) Arien und armenische Lieder. Der Eintritt ist frei. Der Reinerlös kommt unseren Projekten für Kinder und Jugendliche in Nordarmenien zugute. ■

Erlangen SPD

Chancen bei Münchner Strasse vertan

Unterführung wird nicht verbreitert

Im Zuge des unmittelbar bevorstehenden S-Bahn Ausbaus hätte die Stadt Erlangen noch einmal die Chance gehabt, die Unterführung an der Münchner Straße zu verbreitern. Damit wäre es endlich möglich gewesen, Busse im Begegnungsverkehr durch dieses Nadelöhr zu führen. Die Bahn hatte eine Frist bis Ende Oktober zur Anmeldung des Projekts eingeräumt.
Noch im Frühjahr war man sich im Planungsausschuss über alle Fraktionen hinweg einig, dass dieses Vorhaben sinnvoll sei, weil man damit die nördliche Altstadt vom motorisierten Individualverkehr und die Goethestraße vom Busverkehr entlasten könne. „Wir waren damit ganz nahe an einer Lösung, wie sie auch von den im Altstadtforum vertretenen Organisationen seit langem vorgeschlagen wird," freute sich Ursula Lanig. Im Oktober legte die Verwaltung allerdings eine Vorlage vor, die angebliche Alternativen anbot. So schlägt eine die verstärkte Führung des Verkehrs über die Thalermühlstraße vor, eine andere sollte im Zuge des 6-spurigen Ausbaus der A73 entstehen, der weder absehbar noch gewünscht ist. Die SPD-Fraktion ist von derartigen Vorschlägen nicht überzeugt. „Die Verbreiterung der Unterführung Münchner Straße macht Sinn und muss jetzt mit dem Bau der S-Bahn kommen – oder sie kommt nie!", betonte die verkehrspolitische Sprecherin der Fraktion, Felizitas Traub-Eichhorn, in der Sitzung des Planungsausschusses. Leider konnte sie für diese Position keine Mehrheit finden. ■

Helga Steeger wiedergewählt

Vorsitzende des Seniorenbeirates im Amt bestätigt

Die SPD-Fraktion gratuliert ihrer Kollegin Helga Steeger herzlich zu ihrer Wiederwahl als Vorsitzende des Erlanger Seniorenbeirates.
Ihr Anliegen ist es unter anderem die Verwaltung immer wieder auf die Sichtweise und Einschränkungen der Älteren hinzuweisen um so z. B. schon bei der Planung die Bedürfnisse auch dieser Bevölkerungsgruppe zu berücksichtigen. Der Beirat beschäftigt sich aber auch mit konkreten Hilfestellungen für pflegende Angehörige, Leben mit Demenz und wirbt unermüdlich für Verständnis unter den Altersgruppen.
Wir wünschen Helga für die kommenden Aufgaben weiterhin viel Kraft und Erfolg. ■

Strategisches Übergangsmanagement

Was lange währt... – Wichtige Verbesserung für Jugendliche

Seit mehreren Jahren begleiten Angebote verschiedener Einrichtungen in Erlangen den Übergang von Jugendlichen in Ausbildung und Beruf. Bis heute fehlt jedoch die notwendige Koordinierung und Steuerung dieser Maßnahmen. Die Entwicklung eines solchen Strategischen Übergangsmanagements durch die Stadt, bei dem die unterschiedlichen Anbieter vernetzt und die Lebenslagen Jugendlicher in den Mittelpunkt gestellt werden müssen, hat die SPD Fraktion seit 2007 mehrfach beantragt. In der letzten Woche wurde nun endlich der Beschluss dazu gefasst. „Für die Jugendlichen in Erlangen ist dies ein wichtiger Schritt hin zu dem Ziel, allen Jugendlichen eine Ausbildung zu ermöglichen. Wir freuen uns, dass wir die Rathausmehrheit mit unseren Argumenten überzeugen konnten. Jetzt kommt es darauf an, möglichst rasch eine qualifizierte Person zu finden und ohne weitere Verzögerung das konkrete Konzept auszuarbeiten", erklärt dazu SPD-Sprecherin Barbara Pfister. ■

RATHAUS TELEGRAMM 05/2012: IMPRESSUM
Das SPD-Rathaustelegramm wird durch die SPD-Stadtratsfraktion Erlangen erstellt,
Rathausplatz 1, 91052 Erlangen, Telefon: 09131-862225 - Fax: 09131-862181
Internet: www.spd-fraktion-erlangen.de - Mail: spd@erlangen.de
Verantwortlich: Dr. Florian Janik - Redaktionelle Gestaltung: Saskia Coerlin

Erlangen SPD

Energiewende: So geht's!

Und nicht „Strompreis!? – Schlag' auf – Hau' drauf"!

Von Hannes Allabauer

Wie richtet man ein Gesetz zu Grunde? Entweder man bohrt möglichst große Löcher hinein durch leicht zu erfüllende, weit reichende Ausnahmen – oder man sabotiert andere Gesetze, die die Voraussetzung dazu sind bzw. sein sollten. Der Leser ahnt: es geht um das Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) und demzufolge um den Strompreis. Der Gaspreis und Benzinpreise treffen uns auch empfindlich, aber deren Wachstum ist nicht so phantastisch wie das beim Strompreis – Haushalte geben allerdings inzwischen mehr Geld für Gas und Heizöl aus als für Strom [11]. In den Medien läuft seit Monaten eine Meinungsbildung der besonderen Art. Über ein Gefechtsfeld mit mehreren Fronten fliegen ätzende Argumente – sich die Tatsachen herauszufangen ist nicht einfach. Aber je länger das Geplänkel geht, umso mehr tauchen auf und bringen auch Hintergründe zu Tage. Der Reihe nach:

Im Monatsspiegel September 2012 war schon zu lesen „Da hängt ein Gesetz im Bundestag: Vor über einem Jahr hat die Bundesregierung einen Gesetzentwurf zur steuerlichen Förderung von energetischen Sanierungsmaßnahmen an Wohngebäuden beschlossen. Es hängt im Vermittlungsausschuss ... eigentlich ein Skandal ... Derweil geht es mit dem Netzausbau in ‚Milliarden-Euro-Schritten' weiter, obwohl noch gar nicht klar ist, was wirklich notwendig wird!"

Gesetze funktionieren nicht wie Raketen – loslassen und vergessen. Das EEG und seine Vorgänger reizen private Initiativen an und diese sind (wie bei der Müllvermeidung) der Regierungspolitik weit voraus, was unweigerlich auch Wildwuchs mit sich bringt, wie etwa Biogasanlagen ohne Abwärmenutzung. Die Energiewende funktioniert logisch und vernünftig aber in dieser Reihenfolge:

1. Lokaler Bereich: Zuerst kommt die energetische Gebäudesanierung. Die wiederum fängt an mit den Fenstern und geht weiter mit der Fassadendämmung (die an die Fenster anschließt – nicht umgekehrt!), dazu kommen noch Dach und Keller. Damit liegt der Wärmebedarf fest.
2. Danach kommt die energetische Sanierung bzw. Erneuerung der Heizung, bei einer Zentralheizung u.a. mit hocheffizienter Umwälzpumpe. Bei dieser Gelegenheit wäre ggf. die Kombination mit Solarthermie oder Erdwärme (Wärmepumpe) zu berücksichtigen. Nicht direkt zur Sanierung gehört der Austausch ineffizienter Elektrogeräte durch Strom sparende.
3. Kommunaler Bereich: Bei einem dichten Gebäudebestand (Stadt wie auch Dorf) ist es sehr wirtschaftlich, eine zentrale Nahwärmeversorgung zu schaffen, die über Kraft-Wärme-Kopplung (KWK) auch Strom erzeugt (Monatsspiegel Dezember 2011). Einfamilienhäuser mit eigenem KWK auszurüsten stößt leicht an die Grenze der Wirtschaftlichkeit. Solarstrom ist zwar auch relativ teuer, hat auch eine lange Amortisationszeit, verursacht aber keine Brennstoffkosten und wenig Wartungsaufwand. Er trägt heute schon einen wesentlichen Teil zur allgemeinen Stromversorgung bei – die Eigennutzung erfordert aber Organisationstalent für das Management der eigenen Stromverbraucher (ggf. mit einem Stromspeicher). Eine Großstadt kann ihre Strom- und Heizbedarf zu einem wesentlichen Teil selbst abdecken und die Abhängigkeit vom Strom-Verbundnetz (Hochspannung) vermindern. Stadtwerke haben ja schon die notwendigen Leitungsrechte dazu, können Nahwärme vernetzen und damit KWK-Anlagen in wirtschaftlicherer Größe betreiben. Stromüberproduktion im Kommunalbereich ist unwahrscheinlich – aber Verkauf über das Hochspannungsnetz wäre ja möglich.

   Die Größe einer Kommune kann bereits ausschlaggebend sein für den Einsatz von Energiespeichern, um ggf. eine Spitzenlast-Abdeckung im eigenen Stromnetz sicherzustellen. Diese Speicher lassen sich – je nach Auslegung – ja auch zur Übergangs-Notversorgung im Inselbetrieb verwenden.
4. Regionaler Bereich: Zur allgemeinen Versorgung tragen Windräder und Biogasanlagen auch noch bei – die Wasserkraft zwar auch, ist aber schon ziemlich ausgereizt. Zeitweise Stromüberproduktion im Regionalbereich ist sehr wahrscheinlich. Das erfordert einerseits die Regelbarkeit von Kraftwerken mit teurem Strom. Das betrifft Kohle und Gas – sofern sie nicht zu träge sind (wie auch AKWs). Andererseits sind Speichermöglichkeiten gefragt. Große Akkus sind keine wirtschaftliche Investition. Neue Pumpspeicherwerke wird es kaum noch geben und so bietet sich wieder Gas an. Da gibt es ja schon große (Langzeit-)Speicher für Ferngas aber auch Biogas kann in Drucktanks bei kleineren Versorgern gespeichert werden. Gaskraftwerke sind sehr flink regelbar – ob groß oder klein (z. B. ein „Schwarm" von Blockheizkraftwerken) – und können ggf. zu- oder abgeschaltet werden. Dementsprechend sind die kommunalen und regionalen Strom- und Gasnetze auszubauen – ein überschaubarer Aufwand. Damit ist dann die Spitzenlastabdeckung je nach Netzgröße zu schaffen.
5. Bereich Land und Bund: Haben (fast) alle Dörfer, Klein- und Großstädte energetisch saniert und ihre Eigenerzeugung aufgerüstet, dann erst

---

Abkürzungen:

- AKW oder auch KKW: Atom- oder Kernkraftwerk
- BHKW: Blockheizkraftwerk – ein KWK für kleinen Strom- und Wärmebedarf.
- EEG: Erneuerbare-Energien-Gesetz.
- GWh: Gigawattstunde oder 1.000 Megawattstunden
- kWh: Kilowattstunde, ein Maß für die Energiemenge.
- kV: Kilovolt oder 1.000 Volt
- KWK: Kraft-Wärme-Kopplung, d.h. ein Stromgenerator wird durch einen Motor oder eine Turbine angetrieben, deren Abwärme genutzt wird.
- MWh: Megawattstunde oder 1.000 Kilowattstunden.
- NEP: Netzausbauplan, betrifft das Hochspannungsnetz für Stromfernübertragung in Deutschland.
- BUND: Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland

wissen die vier großen Betreiber der Hochspannungsnetze, wohin sie wie viel Strom leiten müssten und woher sie ihn holen könnten. Danach richtet sich der überregionale Netzausbau – sollte er. Die Bedarfsplanung muss also von unten nach oben gehen, sonst entstehen teure Überkapazitäten!!! Und dazu Trassenkorridore von 500 bis 1.000 Meter Breite [9]!

6. Netzmanagement: Die Energiewende braucht Entschlossenheit – nötig ist eine zupackende Energiepolitik – weg von der Atomkraft, weg von der Kohle hin zu Reduzierung des Stromverbrauchs, dem Vorankommen bei der Gebäudesanierung und dem Einsatz von Erneuerbaren Energien [14]. Darauf aufzubauen ist die kosten- und bedarfsorientierte Stromerzeugung und -verteilung einschließlich der Speicher mit integriertem Lastmanagement [13]. Auf der Ebene der großen Übertragungsnetze existiert bereits ein Management – ein Ausbauplan ebenso wie die Fähigkeit, über das Hochspannungsnetz zu kommunizieren und Daten auszutauschen. Anders im Nieder- und Mittelspannungsbereich, dem Verteilnetz mit 850 verschiedene Netzbetreiber und 550.000 nicht automatisierten Ortsnetzstationen ohne nennenswerte Kommunikation [24]. Die Reservehaltung durch die Bundesnetzagentur existiert ja schon hinreichend, wie im Januar/Februar 2012 erwiesen. Experten sehen nur zwei kritische Wochen im Jahr ohne Sonne und Wind und setzen auf das Konzept „Power to Gas“ – Gaserzeugung aus „überschüssigem“ Strom [13]. Gasspeicher existieren zwar schon, kann man aber auch an Brennpunkten „offline“ anlegen zusammen mit einem KWK-Kraftwerk.

Die Planfeststellung zum Netzausbau (NEP) geht 2014 in die Feinplanung für den Baubeginn ab 2016. Bei einer Anhörung in Stuttgart fiel auf, dass der Stromverbrauch bis ins Jahr 2022 von den Übertragungsnetzbetreibern als gleich bleibend angenommen wird, während die Bundesregierung konkrete Einsparziele vorgegeben hat [9]. Mit ziemlicher Verwunderung stellen wir also fest, dass die Planung schon zügig gedeiht – aber das o.g. Gesetz zur Gebäudesanierung hängt [10], und so liegt die Energiewende im Würgegriff!

Die „Allianz für Gebäude-Energie-Effizienz“ hat ermittelt: Rund 70 Prozent der vor 1979 errichteten Altbauten hierzulande – fast 13 von insgesamt 18 Millionen Gebäuden – haben überhaupt keine Dämmung. Bei weiteren 20 Prozent ist sie unzureichend. Ähnlich sieht das Bild bei den Heizungsanlagen aus. Von den 18 Millionen Anlagen im Bestand sind rund 13 Millionen (72 Prozent) veraltete Gas- und Ölkessel, die nicht dem aktuellen Stand der Technik entsprechen. Drei Viertel der Energie, die für Raumwärme und Warmwasser in Deutschland verbraucht wird, geht auf das Konto unsanierter Altbauten. Wegen der stockenden Modernisierung ist die Zahl der energetischen Gebäudesanierungen 2011 im Vergleich zum Vorjahr etwa um die Hälfte zurückgegangen [10]! Schließlich drücken umfassende Sanierungen die Heizkosten um 50 Prozent und mehr.

Der Bundesrat blockiert seit fast einem Jahr das o.g. Gesetz, weil die Länder Einnahmeausfälle befürchten und zwar, dass das Steueraufkommen um geschätzte 1,5 Milliarden Euro sinken könne. Die Länder verlangen Gegenleistungen, die eigentlich nicht nötig sind. Die Steuererleichterungen gleichen ja einem Konjunkturprogramm. Schließlich gibt es derzeit einen Investitionsstau in Milliardenhöhe. Wird der aufgehoben, hätten Handwerker und kleine Firmen zahlreiche neue Aufträge. Die zusätzlichen Einnahmen gerade aus der Mehrwertsteuer würden die Ausfälle mehr als ausgleichen [11].

Die Technik und der Strommarkt

Der Bürger handelt schon lange, während die Regierenden noch lavieren, taktieren und polemisieren. Währenddessen hat der Ausbaugrad der Erneuerbaren Energien 25 Prozent statt der geplanten 15 Prozent am Gesamtstrom erreicht – genau das versaut den Betreibern von Großkraftwerken das Geschäft – mit betroffen: die Stromhändler (Netzbetreiber), die bisher recht schön an der Strombörse spekulieren konnten. Ursache ist der Solarstrom, der gerade dann Überschuss erzeugt, wenn Strom bisher so schön teuer war – um die Mittagszeit. Die „Öffentlichkeit“ klagt über die Endkundenpreise, aber an der Strombörse (Großhandel) fallen seit einigen Jahren die Handelspreise ziemlich dramatisch. 2008 gab es dort noch Preise von 90 bis 100 Euro pro Megawatt-Stunde (MWh), inzwischen sind die bei 50 und teilweise darunter. Und tagsüber, wo normalerweise die Spitzennachfrage ist und auch entsprechende Spitzenpreise waren, sorgt heute der Solarstrom dafür, dass oftmals der Preis an der Strombörse unter dem Nachtniveau liegt [2].

An den abgebremsten Windrädern erkennt man, dass der Strommarkt nicht gut beherrschbar ist. Angeblich seien Großkraftwerke nicht so „flink“ regelbar, wie Überschüsse von Solar- und Windstrom auftreten – und das beim heutigen Stand der Technik einer führenden Nation! Erlanger Bürger konnten doch an der Rauchfahne des Großkraftwerk Franken 2 jahrelang beobachten, wie damals die Produktion tagsüber im Normalbetrieb stundenweise aussetzte. Die Technik kann offensichtlich schon, aber der „Markt will nicht“ – oder darf er etwa nicht? Angeblich gibt es bei Windenergieanlagen „nur“ Abregelungen (ein anderes Wort für Abschalten) in der Größenordnung von nur 2 Promille [2]. Laut VDE werden heute pro Jahr europaweit rund 10 Prozent des nicht konventionell erzeugten Stroms durch „Abregelung“ verschenkt, bis 2030 könnten es 45 Prozent sein [24]. Es war bisher jedem Kraftwerksbauer erlaubt, ein Kraftwerk beliebiger Größe an die Stelle seiner Wahl zu setzen. Das geht zukünftig nicht mehr ohne Probleme [13].

Ohne Frage wird die Windenergie die größte Rolle im neuen Mix spielen. Die Planungen der Länder liegen hier teilweise 50 bis 60 Prozent über dem Bedarf [16] [20]. Der Solarstrom ist vor allem für die Mittagsspitzen nützlich. Außerdem besonders wertvoll scheint die Biomasse, weil sie nach Bedarf eingesetzt werden kann; die Biogasentwicklung läuft ja auch deutlich schneller als geplant. Ein großes Potenzial hat die KWK. Wir haben heute schon in Deutschland eine installierte Kapazität von 20 GW. Sie liefert aber derzeit nur 15 Prozent der Energie, weil sie überwiegend nur im Winter genutzt wird. Man kann sie aber durch intelligente Steuerungen immer auch zu Zeiten von Stromdefiziten laufen lassen. Diese Gesamtsituation findet aber im EEG keine ausgleichende Antwort [13]. Ein Viertel unseres Stroms kommt heute schon aus Erneuerbaren Energien. Die Hälfte der Anlagen gehört Privatpersonen, nur ein Bruchteil den vier großen Energiekonzernen. Von der Energiewende von unten profitieren letztlich alle, vom Weiterbetrieb der Atom- und Kohlekraftwerke nur die alten Energiekonzerne [15] – diese sind bei der Wende bestenfalls widerwillig dabei.

Kosten und Preise

Was sind Kosten, was sind Preise? Kosten entstehen bei der Herstellung eines

Produktes bis hin zur Verkaufsfähigkeit. Herstellungskosten plus Vertriebskosten ergeben die sog. Gestehungskosten. Darin enthalten sind alle Arbeitskosten, Materialkosten, Verteilungskosten, Steuern und Abgaben, ggf. noch Rücklagen. Die Spanne rauf zum Verkaufspreis des Stromlieferanten ist der Gewinn – ohne den kann der Hersteller „nicht leben", denn er muss ja z. B. an Aktionäre Erträge auszahlen. Wirft er keinen Gewinn ab, nähert er sich der Insolvenz und wird wahrscheinlich von der Konkurrenz geschluckt. Die Marktdynamik erzwingt zeitweise den Verzicht auf Gewinn, der dann zu anderer Gelegenheit wieder nachgeholt werden muss.

Ein Risiko für den Strommarkt sind die zusehends unterschiedlicheren Herstellungskosten zusammen mit der Geschwindigkeit ihrer Entwicklung. Sie laufen vor allem auf dem Gebiet der Stromerzeugung aus dem Ruder, weil die Märkte sich viel schneller entwickelt haben, als die Bundesregierung dies erwartet hat. Wenn die Kostenschere sich noch weiter öffnet und die politischen Rahmenbedingungen sich aus einer Panik heraus abrupt ändern, kann (theoretisch) der Markt zusammenzubrechen [13].

Es sind nicht die Erneuerbaren Energien, die die Preise nach oben treiben, sondern es sind die konventionellen Ressourcen und die Gewinnerwartungen der Konzerne [17]. Inzwischen sind die Erneuerbaren Energien so billig geworden, dass sie eben die entscheidende Konkurrenz zu den Geschäftsmodellen der konventionellen Stromerzeuger sind. Die Regierung erwägt(e) Quoten für den Zubau der Erneuerbaren. Das heißt: Planwirtschaft – nicht zum Verteidigen der Marktwirtschaft, sondern zum Schutz von 60 Prozent der Stromerzeugung aus fossilen Kraftwerken bis 2020. Aber der Erneuerbare-Energien-Ausbau kommt von Genossenschaften, von Betreibergemeinschaften, von Stadtwerken. Das sind neue Akteure, die damit Geschäftsmodelle und damit Verdienste haben, die nicht mehr in den Händen der großen Konzerne landen – jene werden geschützt [17].

Die EEG-Umlage ist also nicht der Haupttreiber beim gestiegenen Strompreis. Zwei Drittel des Preisanstiegs haben anderen Ursachen, wie zum Beispiel gestiegene Brennstoffkosten [2] und die verursachen die konventionellen Energien. Wenn die Preise nicht den Kosten der Erneuerbaren folgen, dann lösen wir uns nicht von den AKWs und den fossilen Kraftwerken. Mit sinkenden Preisen kann man allerdings nur noch schlecht neue Großkraftwerke finanzieren – das trifft selbst für Erdgaskraftwerke zu, die die nächste Alternative wären und zur Abdeckung der Spitzenlast bestens geeignet sind [6]. Wenn sie aber nur für die Spitzenlast laufen, werden sie erst recht unrentabel – da fehlen die vielen KWK-Anlagen, die nach der Gebäudesanierung zum Einsatz kommen sollten.

Deshalb ist die von der Bundesnetzagentur getriebene Regierung jetzt auf Nummer sicher gegangen, hat alle ordnungspolitischen Prinzipien über Bord geworfen und ihre bereits Ende August auf den Weg gebrachte EnWG-Novelle um Zwangsparagrafen ergänzt. Von der Idee einer freiwilligen Selbstverpflichtung konnten die Kraftwerksbetreiber die Regierung nicht überzeugen; auch der Vorschlag, mittels Ausschreibung und somit marktkonform Kraftwerksleistung für den Notfall zu sichern, fiel nicht auf fruchtbaren Boden. Der Bundesverband Neuer Energieanbieter erkennt darin Zwangsmaßnahmen und die ungewöhnliche Abkehr von marktwirtschaftlichen Prinzipien. Hintergrund: Vermeidung des gefürchteten Blackout im Winter. Betreiber systemrelevanter Gaskraftwerke sollen dafür sorgen müssen, dass ihnen ihr Gaslieferant nicht den Hahn zudrehen kann. Genau das war in den kalten Februartagen 2012 geschehen; mehrere süddeutsche Kraftwerke mit „unterbrechbaren" Gaslieferverträgen waren damals vom Netz gegangen, weil ihnen – vertragsgemäß – der Gasnachschub abgestellt worden war. Die flüchtige Energie wurde in Betrieben und Haushalten dringender gebraucht [23]. Weil fünf der acht abgeschalteten AKW ihren Dienst in Süddeutschland verrichtet hatten, gilt die Situation in Bayern und Baden-Württemberg als angespannt. 2015 geht auch noch das AKW Grafenrheinfeld bei Schweinfurt vom Netz, ein Riese mit 1.300 Megawatt. Der Abgang wäre nach der gängigen Energiepolitik verkraftbar, wären bis dahin neue Stromleitungen fertig, um Elektrizität aus Nord und Ost heranzuschaffen. Doch über die „Thüringer Strombrücke" wird frühestens 2017 Strom zufließen [23].

Der BUND fordert, von Quoten oder Mengenbegrenzungen für Erneuerbare Energien Abstand zu nehmen. „Das würde die Energiewende abwürgen. Zwar müsse die Förderung für Erneuerbare Energien künftig überprüft werden, erhalten werden müsse jedoch deren Ausbaudynamik." [16].

Warum steigt die EEG-Umlage überhaupt?

Das hat zwei Gründe. Erstens stieg die absolute Menge des Ökostroms, weil Solaranlagen in großen Mengen installiert wurden – sie steigt weiter, weil eine große Menge neuer Ökostromanlagen ans Netz gehen wird (zunächst Windstrom und später ggf. KWK-Strom). Solaranlagen erhalten im Vergleich zu anderen Ökostromanlagen die höchste Vergütung: Zunehmende Investitionen bedeuten wachsende Vergütungen und steigende Umlage – aber nicht steigende Stromkosten!

Zweitens steigt die EEG-Umlage auch relativ wegen sinkender Stromkosten – paradoxerweise. Die Erneuerbaren Energien erhöhen das Stromangebot in Zeiten großer Nachfrage und senken dadurch den Handelspreis an der Strombörse. Wenn aber der Strompreis sinkt, dann steigt das Verhältnis zwischen dem festen Abnahmepreis , den Betreiber von Ökostromanlagen garantiert bekommen, und dem tatsächlichen Strompreis [21]. Dieses Verhältnis ergibt den Faktor für die EEG-Umlage.

Betreiber von Ökostrom-Anlagen erhalten auf 20 Jahre garantierte Vergütungen. Fördersätze werden regelmäßig gesenkt und entfallen in einigen Jahren. Die Erneuerbaren Energien stehen dann in „normaler" Konkurrenz zu anderen [19].

Der Bund der Energieverbraucher e.V. tritt der Verdammung der Erneuerbaren Energien entgegen: „Während die Atomenergie seit den Siebzigern mit 213 Milliarden Euro, die Steinkohle mit 311 Milliarden Euro gefördert wurde, kostete die Förderung der Erneuerbaren bisher 67 Milliarden Euro. Die Erneuerbaren vermindern die Geldströme ins Ausland für den Import von Öl und Gas. Sie stellen einen gewaltigen Wirtschaftsfaktor dar, wichtig für Arbeitsplätze im Inland und Export ins Ausland. Nur die Erneuerbaren schützen uns vor künftigen Energiepreissteigerungen" [18].

Die volle Wahrheit ist noch „etwas" teurer. Das zeigt eine Studie des Forums Ökologisch-Soziale Marktwirtschaft (FÖS). Sie summiert die gesamten volkswirtschaftlichen Kosten der Stromerzeugung auf. So gerechnet trägt die Gesellschaft im Jahr 2012 bei einer Kilowattstunde (kWh) Windstrom Kosten von 8,1 Cent und bei Wasserstrom 7,6 Cent. Steinkohle beläuft sich auf 14,8 Cent, Braunkohle auf 15,6 Cent. Atomstrom kommt je nach Bandbreite der angesetzten externen Kosten (Ent-

sorgung!) mindestens auf 16,4 Cent, im höchsten Fall auf 42,2 Cent! Den vergleichsweise hohen Wert bei Solarstrom von 36,7 Cent stellen die FÖS-Experten in Relation zur Markteinführung der Atomenergie. Solarstrom ist vor allem wegen der hohen Anfangsinvestitionen für den Anlagenbau relativ teuer. Vergleicht man diese Ausgaben aber mit den frühen Jahren der Kernenergie, dann zeigt sich, dass die staatliche Unterstützung für Atomstrom mit mehr als 60 Cent/kWh damals fast doppelt so hoch lag. Zusammenzählen ergibt: Atom- und Kohleenergie kosten die Verbraucher unter dem Strich also deutlich mehr (72,6 Cent) als Ökostrom (52,4 Cent), was Industrievertreter und konservative Politiker lieber nicht sagen [22]. Würden bisher angefallene Kosten summiert und auf den Strompreis aufgeschlagen, läge eine solche Kohle- und Atomstrom-Umlage bei 10,2 Cent/kWh, ergab die in Berlin vorgestellte Studie des FÖS. Das wäre dreimal so hoch wie die über den Strompreis zu zahlende EEG-Umlage. Ökostrom als Preistreiber zu kritisieren ist äußerst unfair [20].

Ein Preiszirkus (Weiteres zur Dynamik der Preise siehe auch Monatsspiegel November 2012)

Was ist von der Entwicklung der Preise zu erwarten? Solange noch in die Erneuerbaren investiert wird, könnten sie steigen, bis die Einsparungen durch fallende Kosten die Finanzierungskosten überwinden. Danach geht es massiv abwärts. Die Ausbauziele reichen bis 2050 mit 80 Prozent Erneuerbare [16]. Und solange noch fossile Kraftwerke laufen, werden sie steigen wegen steigender Brennstoffkosten – dafür sorgen die Entwicklungsländer, solange es keine globale Wirtschaftskrise gibt. Die Preisentwicklung in Cent/kWh für Haushaltskunden verlief von 2007 bis 2011 wie folgt (laut dpa und Bundesnetzagentur):

- Strompreis von 20,08 auf 25,45ct, also + 27 Prozent
- Netzentgelte von 6,34 auf 5,06ct, also –20 Prozent
- EEG-Umlage von 0,88 auf 3,53, also + 301 Prozent (2012 sind es 3,59 Cent/kWh)

Seit 2010 steigt das Netzentgelt wieder. Und was weiter? Die Netzbetreiber haben angekündigt, die EEG-Umlage von 3,59 auf knapp 5,3 Cent/kWh zum 1. Januar 2013 zu erhöhen (+48 Prozent) [4]. Experten erwarten für 2014 einen deutlichen Preisschub, dann könnte sie 2015 wieder sinken [5] – bis dahin geht aber noch viel Politik die Spree hinunter.

Nicht die Energiewende, sondern die vielen Ausnahmen zugunsten der Industrie und zu Lasten der Verbraucher treiben den Strompreis für die Haushalte in die Höhe. Daran sind angeblich die Energiewende und insbesondere der Ausbau des Solarstroms Schuld. Ein Blick auf die Preisentwicklung der letzten Jahre zeigt, dass das nicht stimmt: Seit 2002 sind die Strompreise um 10 Cent/kWh angestiegen. Aber die Kosten für den Ausbau der Erneuerbaren Energien haben nur mit 3 Cent/kWh zu Buche geschlagen. Mehr als zwei Drittel der Preiserhöhung haben also gar nichts mit den Erneuerbaren Energien zu tun! Die gesamten Subventionen für die Industrie im Bereich der Energie- und Strompreise belaufen sich derzeit auf rund 9 Milliarden Euro im Jahr. Ein guter Teil davon, fast 4 Milliarden Euro, aus der EEG-Umlage. Laut Umweltministerium ist für 2013 mit bis zu 5.000 Anträgen auf Befreiung von der EEG-Umlage zu rechnen (2011 waren es übrigens noch rund 600). Die verbrauchten laut Bundesnetzagentur 18 Prozent des Stroms hierzulande, zahlten aber nur 0,3 Prozent der EEG-Kosten [1]. So wundert es nicht, dass der durchschnittliche Strompreis der Industrie 2011 bei rund 10 Cent/kWh lag und für die Großverbraucher sogar kaum über dem Börsenpreis von fünf bis sechs Cent. Haushaltskunden zahlten aber im Schnitt 25 Cent. Der Haushaltsstrom hat sich seit 2000, als die Umlage für Erneuerbare Energien eingeführt wurde, um 10 Cent/kWh erhöht (darin 3 Cent/kWh durch die Erneuerbaren – mit den Preissenkung an der Börse nur 2,5). Energieunternehmen geben Preissenkungen an der Börse oder durch die gesunkenen Netzentgelte bislang nicht an normale Endkunden weiter – Preiserhöhungen dagegen aber schon [15]. Ein Reigen der Raffgier.

Wirklicher Preistreiber innerhalb der EEG-Umlage sind die Fehler, die Schwarz-Gelb in die EEG-Novellen immer wieder eingebaut haben (zu Gunsten von Unternehmen, die das nicht nötig haben) und die die Verbraucher ungebührlich belasten – aber nicht der Ausbau und Zubau Erneuerbarer Energien [17].

Marktexperten sehen bei der Besteuerung von Strom Reformbedarf. Sie fordern höhere Stromsteuern auf Energieträger wie Braunkohle oder Kernkraft und geringere Steuern auf Erneuerbare Energien, um deren Ausbau zu fördern [1].

Die Lobby und der Ritt auf der Kanonenkugel

Im Überblick erkennt man folgende Situation: Durch abnehmende Förderung wurden die Kosten für die Erneuerbaren gesenkt – eine drückende Situation für die konventionellen Energien – besonders weil ja auch noch konventionelle Kraftwerke in Planung und Bau sind (vom Planungsbeginn bis zur Baufertigstellung vergingen bisher immerhin bis zu 30 Jahre!). Die Regierungspolitik interpretiert das so, als wäre „der Schuss übers Ziel hinausgegangen". Sie steuert gegen mit diesen und jenen Aufpreisen und Zuschlägen – aber für jeden gelten die nicht! Wahre Kosten werden in der Propaganda nicht genannt, fette Subventionen bekommen nur die Konzerne. Dieses „Imperium schlägt sogar zurück":

Es gab Entlassungen in der Solarstrom-Branche – nicht nur mehr bei den Produktionsunternehmen, sondern auch bei vielen Unternehmen, die im Handwerk tätig sind und die Module aufbauen. Die Schrumpfung des Marktes, das ist das Ziel [17]. Welche Arbeitsplätze zählen eigentlich?

Kritik an der Erhöhung der Umlage kam von der Stahlindustrie. Die höhere Umlage lasse die EEG-Kosten der Stahlbranche um fast die Hälfte auf 260 Millionen Euro anschwellen, dies bedeute eine erhebliche Belastung für die internationale Wettbewerbsfähigkeit. Die energieintensiven Unternehmen seien keineswegs – wie oft behauptet – komplett von der Umlage befreit [4]. Der Verband der Familienunternehmer fordert gleitende Übergänge bei der EEG-Umlage. Es könne nicht sein, dass der Großteil der Familienunternehmer unter den höheren Gebühren leide und ein anderer Teil der Wirtschaft durch die Befreiung als energieintensive Unternehmen sowie den gefallenen Strompreisen an der Börse doppelt davon profitiere [4],

Es gibt bestimmte Branchen, die sind sehr empfindlich auf Strompreiserhöhungen – die brauchten Entlastung, denn sonst gingen die aus Deutschland weg. Mittlerweile muss man aber sehen, dass etwa 50 Prozent des gesamten Industriestromverbrauchs entweder privilegiert ist oder völlig freigestellt ist vom EEG bei fragwürdiger Rechtfertigung mit Wettbewerb. Diese Regelung ist deutlich über das Ufer getreten [6]. Die Großindustrie hat ja nicht nur eine weitgehende Befreiung von der EEG-Umlage, sie profitiert auch noch von den sinkenden Strompreisen an der Börse (durch die Er-

neuerbaren Energien) – selbst seit Fukushima sind die Preise um rund 10 Prozent an der Börse gesunken [6]. Mit anderen Worten: Die Kosten der Energiewende sollen vor allem die Verbraucher zahlen, während Firmen in großem Stil von den höheren Stromkosten freigestellt werden. 2011 hatten noch 813 Unternehmen einen Antrag auf Befreiung von der Öko-Umlage gestellt (für insgesamt 8,6 Milliarden Euro [18]), 2012 ist die Zahl auf mehr als 2.000 hochgeschnellt [1]. Auch Firmen, die quasi Teil der Energiewende sind, gehören zu den Begünstigten: Hersteller von Brennmaterial für die als umweltfreundlich geltenden Holzpelletheizungen zum Beispiel oder eine Tochterfirma des Solarstromtechnik-Herstellers Solarworld [12].

Aufgrund „ungenügender" Wirtschaftlichkeit ließ EON bereits durchblicken, drei Kraftwerksblöcke stilllegen zu wollen: Staudinger 4 bei Hanau, Block 3 des Kraftwerks Irsching an der Donau sowie Franken 1 in Nürnberg. Der ökonomische GAU bedroht ausgerechnet Gaskraftwerke, die besonders flexibel die schwankende Stromerzeugung durch Wind- und Solarkraftwerke ausgleichen können. Laut einer WWF-Studie sind sogenannte Spitzenlastkraftwerke wegen des Vorrangs für grünen Strom nicht nur immer seltener am Netz; selbst in den Spitzenlastzeiten sind die Strompreise an der Börse inzwischen so niedrig, dass die Anlagen nicht mehr „im Geld" sind. Neue Gaskraftwerke, die mit abgeschriebenen Stromfabriken aus Monopolzeiten konkurrieren, werden wohl erst recht nicht mehr gebaut. Laut WWF-Studie sind aber bis 2020 Neubaukraftwerke mit etwa 5.000 Megawatt Kapazität nötig und bis 2030 weitere mit 10.000 Megawatt. Fehlen sie, drohen Stromengpässe. Das wäre vermutlich das Ende der Energiewende, des größten innenpolitischen Projekts der Regierung Merkel. Nicht der Verkauf von Kilowattstunden, sondern die Bereitstellung von Kraftwerksleistung müsste sich wieder lohnen [23]. Mit den o.g. Zwangsparagrafen hat die Regierung die Notbremse gezogen – quasi im Flug umgestiegen!

Die Befreiung von der EEG-Umlage hat noch eine Reihe von Beigeschmäckern: Die Deutsche Bahn und die S-Bahn Berlin waren schon immer befreit [3]. Es ist grotesk, dass private Verbraucher und der kleine Mittelstand für das bezahlen, was mit der Energiewende gar nichts zu tun hat: Das sind die steigenden Gewinne der Stromkonzerne bei gleichzeitigen Strompreiserhöhungen für Verbraucher. Die Strompreise an den Börsen sind ja in den letzten zwei Jahren gesunken, für die privaten Verbraucher aber gestiegen. Das ist eine Kampagne gegen die Energiewende, die leicht durchschaubar ist. Das Bundeswirtschaftsministerium hat es versäumt, auf den Energiemärkten für Transparenz für Verbraucher zu sorgen und den Missbrauch auf der Ebene des Großhandelsmarktes zu unterbinden [18]. Von den sinkenden Strompreisen an der Börse profitieren derzeit nur die großen „Stromfresser" der Nation. Die privaten Haushalte dagegen nicht. Denn sie beziehen ihre Energie von privaten Versorgern. Diese kaufen ihren Strom teils mehrere Jahre im Voraus ein. Erst in den kommenden Jahren werden die sinkenden Börsenpreise auch auf die Rechnungen der Verbraucher durchschlagen [21] – aber die Umlage wird ja zuvor eingefordert! Noch ein Reigen der Raffgier!

Förderung krimineller Energie oder gesteigerte Kreativität? [18]

Der Bund der Energieverbraucher hat die Negativauszeichnung „Trübe Funzel" verliehen – an den Bundeswirtschaftsminister Philipp Rösler und den FDP-Fraktionsvorsitzende Rainer Brüderle. Begründung: Sie schusterten Industrie und Stromwirtschaft Milliarden zu und machen dafür die Energiewende verantwortlich. Bundeswirtschaftsminister Rösler hat zudem die EU-Effizienzrichtlinie in Brüssel über viele Monate sabotiert und bekämpft. Die Industrie wälzt die Kosten der Energiewende auf die Verbraucher ab: Die Firmen nutzen zahlreiche Schlupflöcher – und machen dicke Gewinne.

Bisher sah die Regelung vor, dass ein Unternehmen dann als energieintensiv gilt, wenn es pro Jahr mehr als 10 GWh Strom verbraucht oder die Stromkosten bei mindestens 14 Prozent seiner Wertschöpfung liegen. Betriebe, die unter der Grenze lagen, trieben ihren Stromverbrauch bewusst in die Höhe, beispielsweise indem sie in den Zeiten von Werksferien ihre Maschinen weiterlaufen ließen – ohne zu produzieren. Die Verbrauchsgrenze wurde inzwischen auch noch auf 1 GWh pro Jahr gesenkt. Die Befreiung gilt von 2013 an nur noch für die Strommenge, die diese Grenze überschreitet – nicht wie vorher für den gesamten Verbrauch. Damit wird der bewusste Mehrverbrauch zwar eingeschränkt, dafür allerdings der Kreis der Berechtigten deutlich ausgeweitet. Außerdem schlüpfen immer mehr Unternehmen durch eine andere Lücke des Gesetzes: das sogenannte Eigenstrom-Privileg. Das sollte jene Betriebe begünstigen, die ihren Strom selbst erzeugen. Weil das Gesetz aber unscharf formuliert war, haben findige Unternehmen Wege gefunden, um in den Genuss der Befreiung zu kommen.

In einem Rechtsgutachten aus dem Umweltministerium heißt es, die nicht berechtigten Betriebe entwickelten „gesteigerte Kreativität" bei dem Versuch, das Privileg für sich zu nutzen. So kamen sie auf die Idee, Kraftwerke oder Teile davon zu pachten oder Strom als Dienstleistung von Dritten zu beziehen und das Ganze als Eigenverbrauch zu definieren. Und noch ein Reigen der Raffgier!

Die bisherige Befreiung stromintensiver Unternehmen von den Netzentgelten ist womöglich nicht zulässig – zwei Netzbetreiber haben geklagt. Das Oberlandesgericht Düsseldorf verhandelt über die „Zulässigkeit der seit 2011 möglichen Befreiung energieintensiver Unternehmen von den Netzgebühren". Eine Entscheidung will das Gericht am 14. November verkünden [8].

Raffgier ist ein Spiel mit Risiko – mit dem Blackout.

Lobby-Polemik hat sich selbst enttarnt!

Am 15. NOoember 2012 gab es morgens um 7:01 Uhr in München einen Stromausfall [26]. Die Verleumder der Erneuerbaren Energien waren sofort zur Stelle, um diese wieder mal wegen „Netzüberlastung" anzuprangern. Sie waren aber eindeutig unschuldig: Gab es zuviel Solarstrom? Nicht an einem trüben Novembermorgen! Gab es zuviel Windstrom? Nicht an einem nebligen Novembermorgen! Gab es zuviel Biogasstrom? In einem Stadtgebiet gibt es nicht genügend Anlagen – wenn überhaupt – um wesentliche Strommengen einzuspeisen. Also war es nur eine gewöhnliche Lastspitze!

Im städtischen Stromnetz (vermutlich 20 kV) war durch eine fehlerhafte Überstromauslösung eine Schalterzelle abgebrannt – und damit auch wieder das Argument für den dringenden Ausbau der Hochspannungsnetze (ab 400 kV). Wahrscheinlich ist ein Netzknoten zu schwach dimensioniert. Dazu drängt sich der Verdacht auf, dass die Steuerungs- und Regelungstechnik nicht auf dem Stand der Technik ist. Außerdem funktioniert der Stromhandel im Stundentakt („Merit Order") – wegen der verdächtigen Uhrzeit kam wohl eher ein Stromstoß aus dem Hochspannungs-

netz. Wie bezeichnet man die Absicht, die technische Ausrüstung so veraltet und mangelhaft werden zu lassen, damit sich Ausfälle häufen – wäre das Einflussnahme auf Energiepolitik?

Laut Netzbetreiber hätten bereits im Februar 2012 die Versorger kurz davor gestanden, einem Teil der Verbraucher den Strom abzuschalten [28]. Eine verringerte Reserve ohne Gefährdung gab es zwar, aber nur durch ungedeckte Gasvorbestellung für Reserve-Gaskraftwerke. Dafür gab es aber wieder Ersatz durch ein Öl- und ein Kohlekraftwerk in Österreich. Kritisch war der Zustand nicht – dient aber als Argument für beschleunigten Netzausbau!

Um das Stromnetz zu stabilisieren, gebe es mittlerweile tausend Eingriffe im Jahr [28]. Für die unregelmäßige Einspeisung von Solar- und Windstrom ist das seit Jahren bekannt und mittlerweile eher der Normalzustand. Das Netzmanagement ist darauf einzurichten – Zeit genug war ja! Hard- und Software dazu sind anscheinend nicht auf dem Stand der Technik!?

Ein Preissprung

Derzeit gibt es ja offenbar schon rund 600.000 private Haushalte ohne Strom – abgeschaltet wegen Zahlungsunfähigkeit [17]. Ein Stromvergleichsportal [7] berechnet für einen Musterhaushalt (4 Personen) mit bisher etwa 1.000 Euro Ausgaben pro Jahr für Strom folgende Teuerung in Euro:

- EEG-Umlage: Bis 2012 144 Euro, ab 2013 211 Euro
- Netznutzungsentgelt: Bis 2012 237 Euro, ab 2013 261 Euro ohne/274 Euro mit Befreiungen
- Offshore-Haftungsumlage: ab 2013 10 Euro
- Strom insgesamt: bis 2012 etwa 1.000 Euro, ab 2013 1.126 Euro (+13 Prozent)

Beschlossen ist für 2013 die Offshore-Haftungsumlage [27] – 2015 könnte sie sich verdoppeln. Sie entsteht durch Entschädigungszahlungen, die anfallen, wenn die Besitzer fertiger Windparks auf hoher See keinen Strom einspeisen können, weil Netzanbindungen fehlen. Wie bei der EEG-Umlage müssen Betriebe mit sehr hohem Energieverbrauch auch dabei weniger zahlen als die übrigen Letztverbraucher. CO_2-Zertifikate wurden bisher kostenlos zugeteilt – geplant ist, ab 2013 nicht mehr. Deswegen könnte also noch eine Umlage kommen, aber Branchenverbände haben das bereits kritisiert als zu hohe Belastung der Industrie [25]. Jedenfalls muss ein Versorger Preiserhöhungen 6 Wochen zuvor ankündigen.

Summa summarum

Der Ausstieg aus dem AKW-Ausstieg hat die Energiewende um Jahre verzögert.

Wegen der Verzögerung der Steuervergünstigung bei energetischen Sanierungen wird die Energiewende von hinten aufgezäumt – dadurch läuft ihre Entwicklung zum Teil außer Kontrolle. Der Gesetzgeber soll endlich mit den Verwaltungen „Gas geben“ für die Gebäudesanierungen und die Speichertechnik. Deutschland „steht auf der Leitung“ – aber nicht auf der Hochspannungsleitung! Der Bundesrat muss sich endlich dafür entscheiden.

Die befürchtete Netzinstabilität mit der Gefahr von Blackout kommt nicht ursprünglich von der Solar- und Windstrom-Einspeisung, die den „meteorologischen Zufällen“ unterliegt, sondern von den wenig austarierten Gesetzen und Verordnungen, die zuvor deren Ausbau alleine veranlasst und gefördert haben – ohne zugleich ergänzende Stromerzeuger und die Infrastruktur (mit Speichern) dazu mitzuführen.

Am 14. November 2012 wurde ein Richterspruch zur Befreiung von der EEG-Umlage erwartet – der kam aber (noch) nicht. Das Larifari mit Täuschen, Lügen, Mauscheln geht dann wohl bis ins nächste (Wahl)Jahr.

Die Strompreisdiskussion erinnert wenigstens deutlich ans Energiesparen – wie die Benzinpreise. Jedoch: Der Verbrauch nimmt kaum ab!

Quellenangaben:

[1] Der Spiegel, 9.10.2012 „Strompreisstudien – So bleibt die Energiewende bezahlbar“

[2] Deutschlandfunk, 15.10.2012, „EEG-Umlage ist nicht der Hauptkostentreiber beim Strompreis“

[3] Deutschlandfunk, 15.10.2012, „Kauch (FDP): Weniger Förderung für erneuerbare Energien“

[4] Fränkischer Tag, 15.10.2012, „Stromkonzerne prüfen Strompreiserhöhung“

[5] Deutschlandfunk, 10.10.2012, „Kelber/ SPD: Steigende Strompreise sind Folge der chaotischen Energiepolitik von Schwarz-Gelb“

[6] Deutschlandfunk, 9.10.2012, „Ökonom: Großindustrie stärker an Energiewende beteiligen/ Uwe Leprich fordert weniger Ausnahmeregelungen/ Tarifmodell“

[7] Focus, 26.10.2012, „Bis zu 13 Prozent mehr/ Das wahre Ausmaß des Strompreis-Hammers“

[8] Focus, 24.10.2012, „Befreiung von Netzentgelten/ Gericht zweifelt an Rechtmäßigkeit“

[9] VDI nachrichten, 19.10.2012, „Eine Netzplanung passt auf keinen Bierfilz“

[10] Focus, 14.8.2012, „FOCUS-MONEY Nr. 34 (2012)/ Energetische Gebäudesanierung “

[11] Die Zeit, 24.10.2012, „Häuserdämmung/ Der Sanierungsboom steckt im Bundesrat fest“

[12] Der Spiegel, 11.10.2012 „Kosten der Energiewende/ Firmen tricksen bei Ökostrom-Abgabe“

[13] VDI nachrichten, 28.9.2012, „Energiewende in Deutschland: <Wir brauchen eine einzige Schaltzentrale>“

[14] BUND, 17.10.2012, „Energiewende braucht Entschlossenheit“

[15] BUND, 3.10.2012, „Fatale Subventionsspirale: Die Industrie wird bei den Strompreisen in Milliardenhöhe gepäppelt!“

[16] GMX, 11.10.2012 „Altmaier bremst Energiewende“

[17] Deutschlandfunk, 11.10.2012, „Fell: Altmaier bremst Ausbau der Erneuerbaren/ Energiepolitischer Sprecher von Bündnis 90/Die Grünen kritisiert Umweltminister“ (EEG Novelle)

[18] Bund der Energieverbraucher, 25.9.2012, „Trübe Funzel für FDP-Spitze Philipp Rösler und Rainer Brüderle“ (EE Förderung), http://www.energieverbraucher.de/de/Umwelt-Politik/Politik/News__1224/ContentDetail__13035/

[19] GMX, 15.10.2012 „Ökostrom-Umlage für 2013 wird veröffentlicht“

[20] Deutschlandfunk, 27.8.2012, „Studie: Kohle- und Atomstrom teurer als Ökostrom/ Ökostromanbieter und -produzenten wehren sich gegen Vorwurf der Preistreiberei“

[21] Der Spiegel, 21.7.2012 „Energiewende – Was an der Stromdebatte stimmt – und was nicht“

[22] Süddeutsche Zeitung, 6.11.2012 „Das Märchen vom teuren Ökostrom“

[23] Die Zeit, 11.11.2012, „Energieversorgung – Rösler entdeckt die Planwirtschaft“

[24] VDI nachrichten, 9.11.2012, „Energiewende nur mit Köpfchen“

[25] Die Zeit, 14.11.2012, „Emissionshandel/ EU-Kommission will Preisverfall von CO2-Zertifikaten stoppen“

[26] Deutschlandfunk, 15.11.2012, „Überblick geht verloren/ Software-Altlasten sorgen bei Steuerungsprogrammen für Überraschungen“

[27] Der Spiegel, 18.11.2012 „Strompreis/ Offshore-Anlagen, Stromkunden müssen weitere Aufschläge hinnehmen“

[28] Der Spiegel, 21.11.2012 „Engpässe im Winter/ Netzbetreiber warnt vor Stromausfall in Deutschland“

Distrikt Anger-Bruck

Vorsitzender:
Munib Agha
munib_agha@hotmail.com

Liebe Genossinnen und Genossen,
am **Dienstag, 18. Dezember, 19 Uhr** treffen wir uns im **Angerwirt (Guhmannstraße 10)** zum **Weihnachtsessen**.

Entgegen der Ankündigung werden wir an dem Tag nicht unsere StadtratskandidatInnen nominieren.

Am **Dienstag, 5. Februar** findet um **19:30 Uhr im Angerwirt** unsere **Jahreshauptversammlung** statt. Die Tagesordnung wird im kommenden Monatsspiegel angekündigt.

Mit solidarischen Grüßen
Munib

Distrikt Eltersdorf

Vorsitzender:
Manfred Jelden
Telefon: 601333
manfred.jelden@nefkom.net

Liebe Genossinnen und Genossen,
unser nächstes Distriktstreffen ist am

Dienstag, 18. Dezember, 19 Uhr im Schützenhaus

Im neuen Jahr treffen wir uns dann erstmals am

Dienstag, 15. Januar, 19 Uhr im Schützenhaus

Tagesordnung:
wird jeweils aktuell beschlossen

Für den Vorstand
Manfred Jelden

Distrikt Frauenaurach

Vorsitzende:
Elizabeth Rossiter
Telefon: 992619
e.rossiter@web.de

Liebe Distriktsmitglieder,
wir laden Euch herzlich ein zu unserer

Weihnachtsfeier am Dienstag, 11. Dezember, 19 Uhr, Sportgaststätte des TSV Frauenaurach

Die nächste Distriktsversammlung wird stattfinden am

Dienstag, 15. Januar, 20 Uhr , Sportgaststätte des TSV Frauenaurach

Dazu laden wir ebenfalls herzlich ein.

Tagesordnung:
1. Mitteilungen zur Kenntnis
2. Berichte aus Stadtrat, Ortsbeirat etc.
3. Aktuelles aus dem Distrikt
4. Termine
5. Verschiedenes

Für den Vorstand
Elizabeth Rossiter

Distrikt Innenstadt

Vorsitzender:
Michael Zimmermann
Telefon: 699118
zi-mi@web.de

Liebe Distriktsmitglieder,
Ihr seid ganz herzlich eingeladen zu unserer

Weihnachtssitzung am Dienstag, 11. Dezember, 20 Uhr im Cafe „Moravia“ (Theaterstraße).

Wir haben einen Tisch im ersten Stock reserviert!

Die erste Sitzung im neuen Jahr ist am

Dienstag, 15. Januar, 20 Uhr im Nebenraum der „Kulisse“ (Theaterstraße).

Dort werden wir uns mit den kommunalen Haushaltsberatungen beschäftigen sowie den Einstieg in die Diskussion zu unserem bestehenden Distriktsprogramm für die Kommunalwahl machen. Diese Debatte werden wir in der Februarsitzung fortsetzen und dann auch unsere Beschlüsse fassen.

Wir freuen uns für beide Sitzungen wieder auf zahlreiche Teilnahme!

Für den Vorstand
Michael Zimmermann

Distrikt Ost

Vorsitzender:
Christofer Zwanzig
Telefon: 4003764
christofer@zwanzig-online.de

Liebe Genossinnen und Genossen,
hiermit laden wir Euch ein zu unserem

gemütlichen Jahresausklang am Mittwoch, 12. Dezember, 19 Uhr (!) in der Waldschänke (Lange Zeile 104)

Im Neuen Jahr treffen wir uns zur

Distriktsversammlung am Dienstag, 22. Januar, 19 Uhr (!) in der Waldschänke (Lange Zeile 104)

Vorläufige Tagesordnung

TOP 1 Aktuelles
TOP 2 Volksbegehren zur Abschaffung der Studiengebühren
TOP 3 Planungen zur Kommunalwahl
TOP 4 Berichte aus Stadtteilen und dem Stadtrat

Bitte beachtet bei beiden Sitzungen die geänderte Anfangszeit!

Wir danken Euch allen für die Unterstützung im vergangenen Jahr und wünschen Euch eine schöne Weihnachtszeit und einen geruhsamen Jahreswechsel.

Mit solidarischen Grüßen
Christofer Zwanzig und Birgit Hartwig

Distrikt Süd

Vorsitzende:
Brigitte Rohr

Kontakt:
Dr. Andreas Richter
andreas.m.j.richter@web.de

Liebe Genossinnen und Genossen,
wir laden Euch herzlich ein zu unserer

Distriktssitzung am Mittwoch, 19. Dezember, 19 Uhr, Biergarten Röthelheim

Vorläufige Tagesordnung;

- Aktuelles
- Kommunalwahl
- Aufstellung unserer Stadtratskandidatinnen/-en
- Distriktsaktivitäten im Wahljahr 2013

Außerdem laden wir euch ein zur

Distriktssitzung am Mittwoch, 16. Januar, 19 Uhr, Biergarten Röthelheim

Vorläufige Tagesordnung:

- Aktuelles
- Jahreshauptversammlung und Distriktswahlen
- Wahlkampf 2013

Wir wünschen allen Genossinnen und Genossen ein friedliches, gesundes Weihnachtsfest und viel Glück und Kraft für das neue Jahr!

Der Distrikt bedankt sich bei seinen langjährigen Mitgliedern

- für 40 Jahre: Sylke Dingfelder, Marianne Kobiela, Peter Redel, Dr. Jürgen Tendel
- für 30 Jahre: Wilhelm Schmidt
- für 25 Jahre: Elvan Derecioglu

Für den Vorstand
Brigitte Rohr

Liebe Genossinnen und Genossen,
wir laden Euch herzlich ein zu unserer

Distriktversammlung am Dienstag, 11. Dezember, 20 Uhr, Schlossgaststätte

Tagesordnung:
1. Aktuelles und Berichte.
2. Rededuell Gert Büttner – Hans Hauer: ESM pro und contra.
3. Gespräch mit Hannes Allabauer: Umsetzung der Energiewende
4. Einstieg in die Diskussion der Berliner Erklärung (Material wurde von Gert Büttner per Mail zugesandt; lag ansonsten dem letzten Monatsspiegel bei).
5. Verteilung des Tennenloher Boten
6. Verschiedenes (Homepage u.a.).

Für den Vorstand
Rolf Schowalter

Protokoll der Distriktssitzung vom 13. November

1. Aktuelles
Rolf berichtet, dass auf der Ehrungs-KMV 5 Mitglieder des Distrikts für langjährige Mitgliedschaft geehrt werden. Die KMV findet am 25. November um 11 Uhr im Turnerbund statt. Er bittet darum, dass möglichst alle Anwesenden zur KMV kommen.

2. Diskussion zur Energiewende
Der Distrikt hat den Tennenloher Mitbürger Fernando Roumiguiere, Chemieingenieur, der viele Jahre im Kernenergiebereich gearbeitet hat, zu einem Vortrag und zur Diskussion über den Beitrag der Kernenergie zum Energiemix eingeladen. Fernando berichtet, dass die Kernenergie eine sichere Technologie ist und für die CO2-Reduzierung einen großen Beitrag leisten könnte. Er erntet jedoch breiten Widerspruch von den anwesenden Distriktsmitgliedern. Weder ist der Betrieb der Reaktoren absolut sicher, noch ist die Entsorgungsfrage geklärt. Letztlich bringt es Wilhelm Horn auf den Punkt. Die SPD hat maßgeblich am Ausstiegsbeschluss mitgewirkt. Jede Diskussion über Wiedereinstieg oder Verlängerung verhindert nur ein zielgerichtetes Arbeiten an der regenerativen Energiewende. Dennoch konnten wir viele Informationen über Lagerung bzw. die Endlagerung von hochradioaktiven Abfällen (Gorleben), über die Wiederaufbereitungsanlagen, die Castor-Transporte und die Hintergründe der 3 großen AKW-Unfälle (Harrisburg, Tschernobyl und Fukushima) erfahren. Auch zu dem Problem Asse, das ursprünglich als Versuchslager konzipiert war, konnte Fernando Roumiguiere intereressante Details mitteilen. Die anschließenden Überlegungen zur Energiewende und zu den daraus resultierenden Problemen bewegten sich auf hohem Niveau. Der Distrikt dankte dem Gast für die wichtigen und interessanten Informationen.

3. Kandidatur für den Stadtrat.
Vorgeschlagen werden Rolf Schowalter und Hans Hauer. Für die Mitarbeit in der Findungskommission wird Gertrud Reich-Schowalter benannt. Die anwesenden Distriktsmitglieder stimmen den Vorschlägen einstimmig zu. Der Distrikt ist sich einig, dass Rolf Schowalter auf einen aussichtsreichen Listenplatz gesetzt werden muss.

4. Tennenloher Bote
Der Redaktionsschluss des TB wird auf den 1. Dezember verlegt. Rolf bittet, ihm die Beiträge möglichst umgehend zuzuschicken.

5. Rededuell ESM pro und contra.
Das Rededuell Gert Büttner – Hans Hauer zum Thema „ESM – Contra oder Pro“ wurde auf den nächsten Termin verschoben, ebenso die Diskussion der „Berliner Erklärung“.

Hans Hauer

Distrikt Tennenlohe

Vorsitzender:
Rolf Schowalter
Telefon: 601924
rolfschowalter@t-online.de

Distrikt West

Vorsitzender:
Gerd Peters
Telefon: 44366
gerd.peters-er@t-online.de

Liebe Genossinnen und Genossen,
wir möchten Euch herzlich einladen zu unserem

Jahresabschlussessen am Mittwoch, 12. Dezember ab 19 Uhr im Gasthaus zur Einkehr (Güthlein)

Das ist eine gute Gelegenheit, sich (noch) näher kennen zu lernen und sich über politische und private Themen auszutauschen! Wir würden uns über eine rege Teilnahme sehr freuen!

Das Jahr 2013 wird geprägt durch drei anstehende Wahlen. Zwar finden die Kommunalwahlen erst im Februar 2014 statt; der Vorlauf dafür beginnt bei uns aber bereits im Januar 2013, da seitens des Kreisverbandes erwartet wird, dass wir die Westkandidaten zur Stadtratswahl bis Ende Februar benennen. Die erste Kandidatenrunde soll bereits auf der Januar-Distriktsversammlung stattfinden.

Wir laden ein für

Mittwoch, 9. Januar, 20 Uhr im Gasthaus „Zur Einkehr“ (Güthlein).

Wir schlagen folgende Tagesordnung vor:

1. Berichte aus Kreisvorstand, Fraktion und Ortsbeirat
2. Kandidaturen für den Stadtrat und den Ortsbeirat aus dem Stadtwesten (erste Sichtung und Kandidatenvorstellungen)
3. Soll es ein West-Kommunalwahlprogramm geben oder präsentieren wir pragmatisch im Wahlkampf im „Westboten" relevante Themen?
4. Sollten wir eigene Plakatständer kaufen, wie es der Kreisvorstand vorschlägt? (Ich neige zu „Nein“, da ein Pool auf Kreisverbandsebene vernünftiger ist.)
5. Vorüberlegungen zur Jahreshauptversammlung des Distrikts im Februar 2013, dann steht auch die Reihung der Kandidaturen aus dem Stadtwesten an
6. Verschiedenes

Im Auftrag des Vorstands
Gerd Peters

P.S.: Über die Distriktsversammlung im November lassen sich noch keine Aussagen machen, da sie erst nach dem Redaktionsschluss stattfindet.

AG 60plus

Vorsitzender:
Hartmut Wiechert
Telefon: 991232
hartmut.wiechert@gmx.de

Liebe Genossinnen und Genossen,
zum nächsten Termin lädt der Vorstand der AG60 plus herzlich ein und freut sich auf euer Kommen. Am

Mittwoch, 12. Dezember, 15 Uhr August-Bebel-Haus

wollen wir – der Vorweihnachtszeit entsprechend bei Glühwein und Plätzchen – einen Rückblick auf das Jahr 2012 und unsere Arbeit halten und für das neue Jahr 2013 neu planen

Im Namen des Vorstands.
Hartmut Wiechert

Jusos

Vorsitzender:
Munib Agha
munib_agha@hotmail.com

Liebe Genossinnen und Genossen,
unsere nächste Sitzung findet statt am

Dienstag, 11. Dezember, 20 Uhr, August-Bebel-Haus

Wir werden unter anderem die Publikation „Unsichtbares Politikprogramm“ der Bundeszentrale für politische Bildung diskutieren.

Unsere ersten Sitzungen im kommenden Jahr werden stattfinden am

Dienstag, 8. Januar, 20 Uhr, August-Bebel-Haus

und am

Dienstag, 22. Januar, 20 Uhr, August-Bebel-Haus

Rote Grüße
Munib

Bewerbung für die Stadtratsliste der SPD zur Kommunalwahl 2014

Foto

1) Name:

2) Anschrift:

3) Geburtsdatum:

4) Distrikt:

5) Ausbildung:

6) Tätigkeit:

7) Nationalität:

8) SPD Mitglied seit: 9) monatlicher Beitrag:

10) Funktionen in der SPD:

11) Funktionen in anderen gesellschaftlichen Organisationen:

12) Öffentliche Funktionen und Mandate:

13) Politische Arbeitsschwerpunkte:

14) Ich möchte für den Stadtrat kandidieren weil:

15) Ich bewerbe mich um einen aussichtsreichen Listenplatz ☐

16) Ich bin zur Kandidatur auf einem hinteren Listenplatz bereit ☐

17) Ich beabsichtige, an den kommunalpolitischen Info-Veranstaltung der Partei zur Vorbereitung auf die Stadtratstätigkeit teilzunehmen ☐

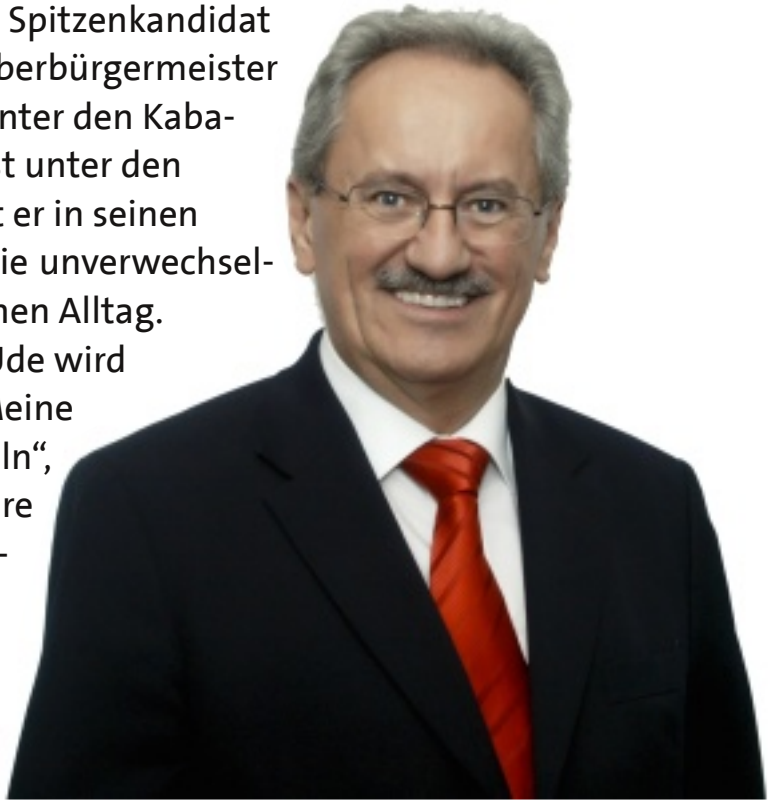
18) Ich bin bereit die Stadtratsabgabe an die Partei zu leisten ☐

Ort, Datum Unterschrift

Hinweis: Diese Daten werden nur für die parteiinterne Auswahl der Kandidatinnen und Kandidaten für die Kommunalwahl 2014 genutzt. Im Rahmen des Wahlkampfs zu veröffentliche Personendaten werden nach der Aufstellung noch gesondert abgefragt. Der Fragebogen kann auf Nachfrage gerne auch elektronisch zur Verfügung gestellt werden. Mail an buero@spd-erlangen.de

SATIRISCHE LESUNG
MIT CHRISTIAN UDE

Man kann darüber streiten, ob der Spitzenkandidat der Bayerns SPD und Münchens Oberbürgermeister Christian Ude der beste Politiker unter den Kabarettisten oder der beste Kabarettist unter den Politikern ist. Jedenfalls beschreibt er in seinen Büchern mit Ironie und Selbstironie unverwechselbar sich selbst und seinen politischen Alltag. Überzeugt Euch selbst. Christian Ude wird aus seinen satirischen Büchern „Meine verfrühten Memoiren“, „Stadtradeln“, „Mein Pinselohrschwein und andere große Tiere“ und „Ich baue ein Stadion und andere Heldensagen“ lesen.



Der SPD Unterbezirk mit seinen Kreisverbänden Erlangen und Erlangen-Höchstadt lädt Euch herzlich ein zu einer

Satirischen Lesung am Mittwoch, 5.Dezember um 19:00 Uhr im Saal des Schwarzen Adler (Marloffsteiner Str. 15, Uttenreuth)

Einlass ab 18:15 Uhr. Der Eintritt ist frei. Wir freuen uns auf Euer Kommen.
Bus 209, Haltestelle Marloffsteiner Straße; Abfahrt Erlangen Acarden um 18.03 und 18.18 Uhr (Fahrtzeit 15 Min)
Kontakt: SPD Geschäftsstelle Jutta Ledertheil Tel.: 09131-8126511
oder E-mail: Jutta.Ledertheil@spd.de